

1. Einführung, Zeittafel und Stadtplan

1.1 Die Revolution von 1848/49 in Koblenz

Die Schaffung einer Verfassung und die Lockerung der strikten Zensurbestimmungen waren Forderungen, die großbürgerliche Liberale und Anhänger des „Jungen Deutschland“ seit Beginn der preußischen Herrschaft am Rhein immer wieder erhoben hatten. Gerade in Koblenz kam der Wunsch des katholischen Bevölkerungsteils hinzu, die protestantische Obrigkeit möge die Gleichheit aller religiösen Bekenntnisse gewährleisten. Große Hoffnungen setzte man daher nach dem Ende des Kölner Kirchenstreits auf den neuen König Friedrich Wilhelm IV., doch nach vorübergehendem „Tauwetter“ gewannen seit Mitte der 40er Jahre reaktionäre Tendenzen in der Berliner Zentrale wieder die Oberhand. Die Hungersnot während des Winters 1846/47 und die darauffolgende Teuerung ließen die Soziale Frage als zusätzliche Komponente aufscheinen. Auch das durchweg schlechte Verhältnis zwischen altpreußischen Beamten und Militärs und eingessener Bevölkerung trug zu einer Verschärfung der Situation bei, die sich seit Ende der 1830er Jahre vermehrt in Gewalttätigkeiten zwischen Zivilisten und Garnisonsangehörigen entlud.

Der Berliner Märzaufstand 1848 fand daher in Koblenz – wie im übrigen Deutschland – ein breites Echo. Verschiedene Volksversammlungen und Petitionen erhoben die bekannten Forderungen nach einer Verfassung, Ministerverantwortlichkeit, Presse- und Religionsfreiheit. Bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung dominierte die katholische Richtung, doch stellte die großbürgerlich-liberale „Partei“ eine bedeutende Minderheit dar. Republikanisch-demokratische Strömungen waren erst ansatzweise vorhanden. Das durch die Unentschlossenheit der Militär- und Verwaltungsbehörden entstandene Vakuum sollte die Bürgerwehr füllen, die mit Waffen aus Garnisonsbeständen ausgestattet wurde. Die „Flitterwochen der Freiheit“ erreichten mit dem Besuch des Reichsverwesers Erzherzog Johann im August ihren Höhepunkt. Doch schon die Septemberkrise, markiert durch den zweiten badischen Aufstand, brachte die Wende. Sinnfälliger Ausdruck hierfür war die Erstürmung des Hauses von Justizrat Adams, des Koblenzer Abgeordneten in Frankfurt, durch Anhänger der zusehends erstarkenden demokratischen Vereine. Nach der konservativen „Wende“ in der Politik König Friedrich Wilhelms IV., deren Folge u. a. die Auflösung der Koblenzer Bürgerwehr war, radikalisierte sich das politische Spektrum in raschem Maße.

Die Partei der „Heuler“, also derjenigen, die die neue Dezember-Verfassung akzeptierten und eine gemäßigt-preußenfreundliche Haltung vertraten, stand der Fraktion der „Wühler“ gegenüber, jener, die weiterhin die Frankfurter Nationalversammlung als einzige Autorität anerkannten. Darüber zerbrach der Katholische Volksverein, dessen Mitglieder sich größtenteils einer der beiden genannten Parteien anschlossen. Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung im Januar/Februar 1849 trugen die „Wühler“ noch einmal einen deutlichen Sieg davon. Gleichwohl verlief die Entwicklung in Koblenz parallel zu den Vorgängen im übrigen Deutschland. Ein letztes Aufflackern der „sterbenden Revolution“ war der eindrucksvolle Wahlboykott vom Juli 1849, an dem sich neun von zehn Urwählern beteiligten. Die Ankündigung von Mitgliedern des Koblenzer Turnvereins, sich an den Kämpfen in der Pfalz und am Elberfelder Aufstand zu beteiligen, ist wohl nie wahrgemacht worden. Den Endpunkt markierte die Ankunft des „Kartätschenprinzen“ Wilhelm im November 1849. Verbittert berichtete das (demokratische) Coblenzer Tageblatt über dessen Empfang: *Wir können indessen nicht umhin, zu bemerken, daß wir mit Befremden bei den Civil-Deputationen Männer gesehen haben, die im vorigen Jahre am 23. März die bekannte Adresse: „An das edle, hochherzige Volk von Berlin!“ unterzeichnet haben, worin verlangt wird, „daß der Nation vollständige Garantie gegeben werde, daß der Prinz von Preußen nie zur Thronfolge gelange“.*

1.2 Zeittafel

25. September 1830

Der neugegründete „Verein zur Handhabung der Ruhe und guten Ordnung“ soll eventuellen Unruhen infolge der französischen Julirevolution entgegenreten.

1840

Die erst ein Jahr zuvor zur Verbesserung der desolaten städtischen Finanzlage eingeführte kommunale Einkommensteuer wird nach heftigen Protesten der Bevölkerung wieder abgeschafft.

15. Oktober 1843

Boykott der Geburtstagsfeier für König Friedrich Wilhelm IV. im Casino durch die meisten einheimischen Casinomitglieder aus Protest gegen die verschärfte Zensur.

Februar 1845

Verfassungsdebatte des Rheinischen Provinziallandtags im Koblenzer Schloß.

Juli 1845

Neue Gemeindeordnung für die Rheinprovinz als Zugeständnis an die liberale Verfassungsbewegung.

April 1846

Sieg der katholischen „Partei“ in der ersten, nach einem Dreiklassenwahlrecht aufgrund der neuen Gemeindeordnung abgehaltenen Kommunalwahl. Erstmaliges Auftreten einer republikanisch-demokratischen Parteiströmung.

1846/47

Krisen- und Hungerwinter. Versorgung von rund 5500 Menschen, 28 Prozent der Bevölkerung, mit billigem Brot. Starke Teuerung im Frühjahr.

6. März 1847

Ausscheiden von Oberbürgermeister Abundius Mähler, Amtsantritt seines Nachfolgers Friedrich Wilhelm Alexander Bachem.

10. Mai 1847

Verbreitung verschiedener Flugblätter gegen „Spekulanten und Wucherer“. Auflösung eines Protestzugs gegen „Kornschieber“ in der Kastorpfaffenstraße durch die Polizei.

Oktober 1847

Drohung des Kommandanten von Koblenz und Ehrenbreitstein, Karl von Bardeleben, er werde die Stadt im Fall von Unruhen „zusammenschießen lassen“.

4. März 1848

Forderung einer „privaten Versammlung“ von Gemeinderatsmitgliedern nach einer konstitutionellen Verfassung und Pressefreiheit.

6. März 1848 (Rosenmontag)

Petition einer Volksversammlung an den König (700 Unterschriften) mit Forderung nach Rede- und Pressefreiheit, Ministerverantwortlichkeit, Volksbewaffnung und „Gleichheit aller Kulte“.

19. März 1848

Beschluß einer Volksversammlung im Gasthaus Karbach in der Judengasse zur Gründung einer Bürgerwehr.

21. März 1848

Volksversammlungen auf dem Florinsmarkt und in Ehrenbreitstein mit antimonarchischer Grundstimmung.

22.-24. März 1848

Am Stadthaus am Plan und an der Liebfrauenkirche wird die schwarz-rot-goldene Fahne aufgezogen; Trauergottesdienste für die Berliner Märzgefallenen.

30. März 1848

Justizrat Adams, Rentner Caspers, Justizrat Lingmann, Landgerichtsrat Reichensperger, Kaufmann Jordan und Friedensrichter Hammer vertreten Koblenz im Frankfurter Vorparlament.

31. März 1848

Erster Spatenstich zum Bau des Mosel-Sicherheitshafens in Lützelkoblenz, in erster Linie ein Projekt zur Arbeitsbeschaffung.

9. April 1848

Gründung eines Zentralwahlkomitees für den Regierungsbezirk Koblenz mit stark katholischem Einschlag und Aufstellung von Justizrat Adams als Kandidat für die Frankfurter Nationalversammlung.

24. April 1848

Bürgerwahlverein (liberal-demokratisch) und Handwerkerwahlverein nominieren den protestantischen Gutsbesitzer auf Gut Besselich bei Urbar, Karl Barton gen. Stedman, als Kandidaten.

27./28. April 1848

In Koblenz tagt eine vom Frankfurter Vorparlament eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz der populären Radikaldemokraten Robert Blum und Franz Raveaux, die die Rechte der Segelschiffer gegen die aufkommende Dampfschiffahrt stärken will.¹

10. Mai 1848

Justizrat Adams zum Koblenzer Abgeordneten in Frankfurt und Rentner Caspers zu seinem Stellvertreter gewählt. Der Kölner Appellationsgerichtsrat Schlink und der Wolkener Gutsbesitzer Raffauf werden in Nachwahlen in die preußische Nationalversammlung in Berlin entsandt.

18. Mai 1848

Versammlung von Bürgern aus Koblenz und Umgebung am Rhenser Königsstuhl anlässlich der Eröffnung der Frankfurter Nationalversammlung. Angeblich republikanisch-demokratische Äußerungen von Oberbürgermeister und Polizeidirektor Bachem.

30. Mai 1848

Fahnenübergabe an die Bürgerwehr mit Zapfenstreich und Parade.

¹ Dietrich Ebeling: Deregulierung und sozial-politischer Protest im Vormärz am Beispiel der Einführung der Dampfschiffahrt auf dem Rhein. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 82 (2018), S. 107-130, hier S. 127 (Zusatz 1.10.2018).

Ende Mai 1848

Gründung des „Politischen Clubs“ mit 200 Mitgliedern aus dem wohlhabenden Bürgertum. Er schlägt nach dem Austritt etlicher Mitglieder im Herbst des Jahres eine demokratische Richtung ein.

6. Juni 1848

Koblenzer Katholikenpetition fordert gegenüber der Frankfurter Nationalversammlung „völlige Unabhängigkeit jeder Kirche und Religionsgemeinschaft vom Staat“.

30. Juni/16. Juli 1848

Feiern der Wahl von Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser mit Bürgerwehrparade, Fackelzügen und Dankgottesdiensten.

13. August 1848

Jubelnde Begrüßung des Reichsverwesers, als er auf der Dampferfahrt nach Köln die Stadt passiert.

16. September 1848

Bildung eines „Demokratischen Vereins“ mit mehr als 100 Mitgliedern.

19. September 1848

Übergriffe auf das Haus des Abgeordneten Adams in der Rheinstraße wegen dessen scheinbar preußenfreundlichen Haltung in der dänischen Frage (Zustimmung zum Waffenstillstand von Malmö).

Oktober 1848

Rentner Caspers löst Justizrat Adams als Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung ab, der er bis Ende Mai 1849 (Verlegung des Rumpfparlaments nach Stuttgart) angehört.

17. November 1848

Aufruf in der Rhein-Mosel-Zeitung zur Steuerverweigerung aus Protest gegen die reaktionäre Staatsstreichpolitik des preußischen Königs.

21. November 1848

Auflösung der Bürgerwehr durch königliche Verordnung.

2. Dezember 1848

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Zivilisten und Militär in der Löhr- und Marktstraße.

Dezember 1848

Bildung eines den „Heulern“, also der Ordnungspartei, verpflichteten „Bürgervereins für gesetzliche Freiheit und Volkswohl“, im Volksmund „Preußenverein“ genannt.

Januar 1849

Austritt der preußenfreundlichen Mitglieder des aus dem Zentralwahlkomitee hervorgegangenen Katholischen Volksvereins, der nun eine katholisch-demokratische Richtung einschlägt.

Januar/Februar 1849

Sieg der „Wühler“-Koalition von Politischem Klub, Demokratischem Verein und Katholischem Volksverein bei den Wahlen zur Preußischen Abgeordnetenversammlung in Koblenz und im Wahlkreis Koblenz-St. Goar. In der Stadt gewinnt die Koalition 79 von 80 Wahlmännern.

1. April 1849

Gründung des katholischen Pius-Vereins mit vorwiegend religiöser und unpolitisch-antidemokratischer Ausrichtung.

8. Mai 1849

Unter dem Vorsitz des Koblenzer Justizrats Werner stimmt eine Versammlung von 500 Abgeordneten rheinischer Städte im Kölner Gürzenich der von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossenen Verfassung zu.

18. Juni 1849

Tod des demokratischen Studenten Paul Geromont bei einer Schlägerei zwischen Offizieren und Zivilisten am Tag des Jahrestages der Schlacht von Waterloo.

17. Juli 1849

Die nach dem Dreiklassenwahlrecht anberaumte Wahl zur preußischen Zweiten Kammer wird in Koblenz nahezu vollständig boykottiert. Von 5607 Urwählern beteiligen sich nur 409.

Juli 1849

Gründung eines Koblenzer Turnvereins, dessen 60 Mitglieder die Aufstände in der Pfalz und in Elberfeld aktiv unterstützen wollen.

Herbst 1849

Ausbruch der Cholera infolge der verstärkten Truppenbewegungen im Zuge der Niederschlagung des pfälzisch-badischen Aufstands. Rund 100 Menschen sterben.

7. November 1849

Ankunft des „Kartätschenprinzen“ Wilhelm von Preußen, 1850-1857 Militärgouverneur der Rheinprovinz und Westfalens mit Dienstsitz in Koblenz.

1.3 Plan der Stadt Koblenz, 1840

Grundriß von Coblenz. Beilage zum Adreß-Handbuch der Stadt Coblenz. Coblenz: Verlag von J. Hölscher, November 1840. Gedruckt bei J. Hildenbrandt. Signatur: StAK K-213. 32 x 26,5 cm.



2. Die Bürgerwehr

Die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung führt in ganz Deutschland zur Bildung von Bürgerwehren, die die öffentliche Ordnung aufrechterhalten sollen. Anfangs allgemein akzeptiert und geachtet, gehören der Koblenzer Bürgerwehr selbst hohe Beamte der Regierung an. Mit der zunehmenden Radikalisierung des politischen Spektrums und dem allmählichen Wiedererstarken der alten Obrigkeiten gerät die Bürgerwehr jedoch zwischen die Fronten und wird schon im November 1848 aufgelöst.

2.1 Gründung der Bürgerwehr

Berlins großen Todten. In: Coblenzer Anzeiger Nr. 71, 24.3.1848.

[...] *Doch damit die Welt erfahre, was Deutschlands Heldensöhne für Ihr großes einiges Vaterland gethan, schaaren wir uns um das hehre Banner der großen Verbrüderung; hoch in die Lüfte weht es, und aller Augen sollen aus seinen Farben lesen: Opfernd Euer rothes Blut ginget Ihr in den schwarzen Tod für die goldne Freiheit!*“

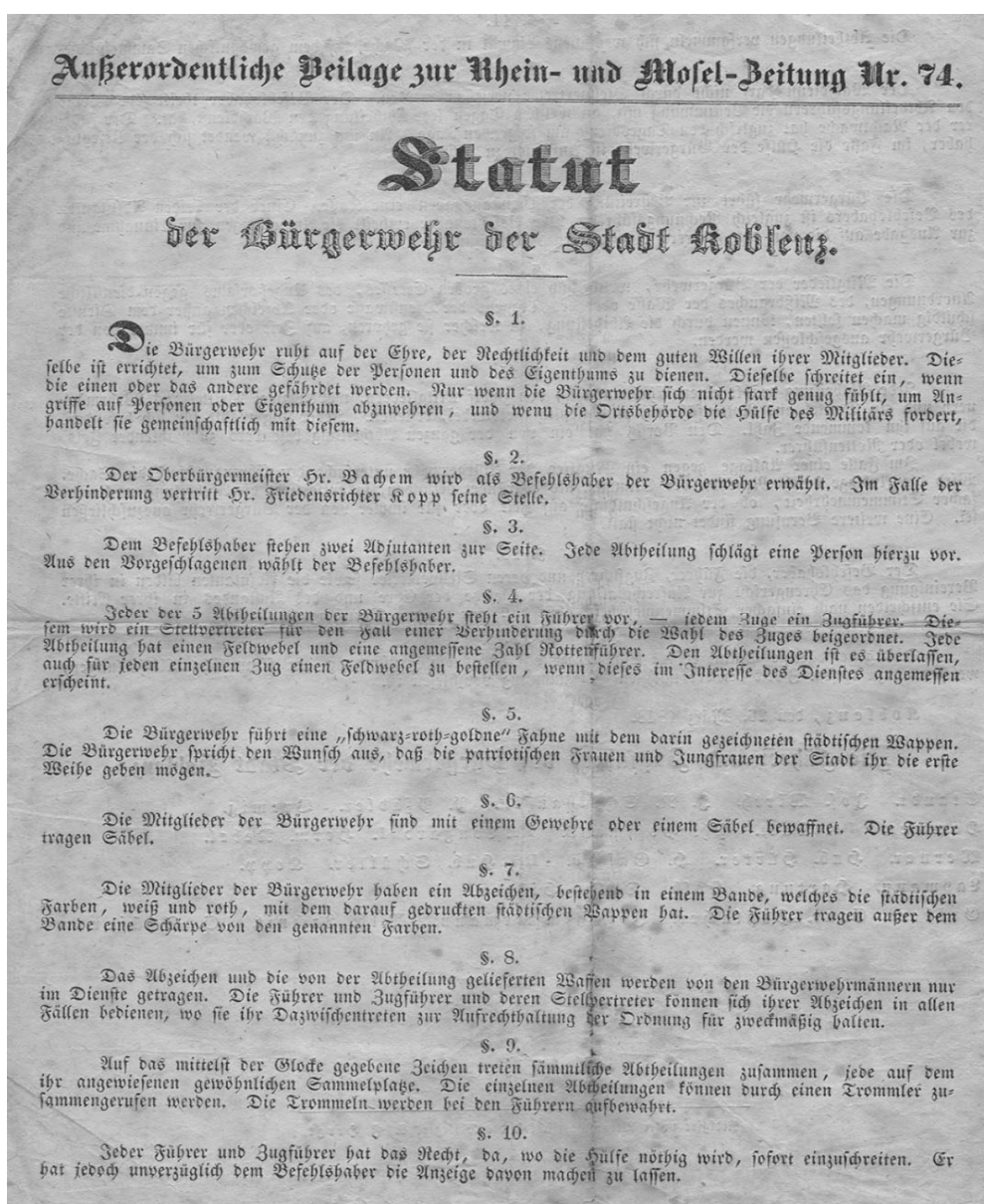


Das Fanal der Berliner Barrikadenkämpfe findet in ganz Deutschland ein lebhaftes Echo. Auch in Koblenz werden Trauergottesdienste abgehalten, schwarz-rot-goldene Fahnen gehißt und in Volksversammlungen die kommende nationale Einheit beschworen. Eine Bürgerwehr soll – ihrem

berühmten Berliner Vorbild entsprechend – die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten. Am 18. März befaßt sich der Gemeinderat mit der Aufstellung einer Bürgerwache. Schon am folgenden Tag billigt die Regierung die Pläne der Stadt und gestattet die Ausrüstung der Bürgerwehr mit 1000 Säbeln und 1000 Gewehren aus Militärbeständen. Ebenfalls am 19. März schreiben sich während einer Volksversammlung im Gasthaus Karbach in der Judengasse die ersten 500 Freiwilligen in die Mitgliederlisten ein. Der Bürgerwehr gehören schließlich rund 2000 Mann in fünf Abteilungen an; zu ihrem Führer wird der Friedensrichter Benedikt Josef Kopp bestellt. Ab dem 26. März versieht ein Wachdienst mit 24 Mann einen allabendlichen Streifendienst. Zwei Tage später berichtet die Regierung nach Berlin, daß die Mehrheit ihrer Beamten der Bürgerwehr angehöre. Sie habe sich am 27. März bei der Verhinderung von Ausschreitungen bewährt, die die Koblenzer Schiffszieher gegen einige vorüberfahrende Dampfschiffe geplant hätten.

2.2 Bürgerwehr-Satzungen

Statut der Bürgerwehr der Stadt Koblenz. Außerordentliche Beilage zur Rhein- und Mosel-Zeitung Nr. 74/1848. Koblenz, 26. März 1848. Ex. in StAK KH 127.



Die Satzung der Bürgerwehr ist in drei Fassungen überliefert, wobei die Statuten vom 7. April und 10. Mai inhaltlich fast gleich sind. Nach der ersten Satzung vom 26. März ist Oberbürgermeister Bachem Befehlshaber, der im Verhinderungsfalle von Friedensrichter Kopp vertreten wird. Dieser scheint aber schon bald an die Stelle Bachems getreten zu sein.

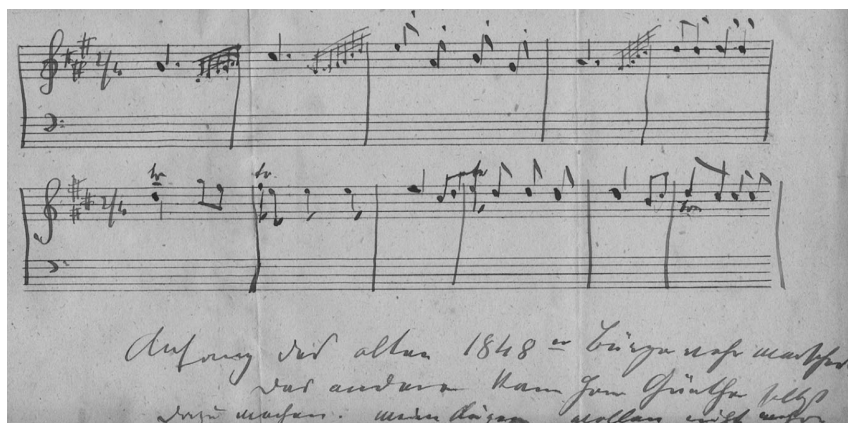


Friedensrichter Benedikt Josef Kopp, Kommandant der Bürgerwehr (April-November 1848). Aquarell, Mittelrhein-Museum Koblenz, Inv.-Nr. G 1967/29.

Grundsätzlich hat die Bürgerwehr die Aufgabe, *durch den Schutz der Personen und des Eigenthums die Ruhe und Sicherheit der Stadt aufrecht zu erhalten, zugleich eine Stütze zu sein für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes*. Ihre Mitglieder tragen als äußeres Kennzeichen Armbinden in den Stadtfarben rot-weiß mit aufgedrucktem Stadtwappen. Außerdem führt die Bürgerwehr eine „schwarz-roth-goldne“ Fahne mit dem darin gezeichneten städtischen Wappen. Die Bürgerwehr spricht den Wunsch aus, daß die patriotischen Frauen und Jungfrauen der Stadt ihr die erste Weihe geben mögen.

2.3 Die „tägliche Praxis“: Bürgerwehrrübung mit Bürgerwehr-Marsch

2.3.1 Handgeschriebenes Notenblatt, StAK KH-127. Dieses und die erläuternde Notiz vielleicht von der Hand des späteren Koblenzer Philologen Enders. *Anfang des alten 1848er Bürgerwehrmarsches. Das andere kann Herr Günther selbst dazu machen. Meine Augen wollen nicht mehr.*



2.3.2 J[osef] Kuhl: Noch einmal: Erinnerungen aus dem Jahre 1848. In: Kölner Tageblatt 1903, Nr. 580 (Zeitungsausschnitt in StAK KH-127).

[...] *Es war ein eigenartiges Stück Weltgeschichte, in das wir in unseren jungen Jahren hineingestellt waren. Der ganze Höllenlärm kam uns, als wir nüchtern geworden waren, vor, wie ein großer Karneval, der eben deshalb so komisch wirkte, weil man alles so ernst nahm. Man denke nur an die Bürgerwehr, die das Militär ersetzen und die Ordnung aufrecht halten sollte: die Beamten, hoch und niedrig, die Lehrerschaft, der Direktor an der Spitze, auch der Provinzial-Schulrat, der gefürchtete Examinator in Abiturientenexamen, alle den Geringen aus dem Volke gleich, in der hohen, steifen Wachstuch-Mütze mit der Kokarde, das verrostete Feuerstein-Gewehr auf der Schulter, links um, rechts um ühend oder unter den Klängen des Bürgerwehrmarsches zur Parade marschierend. Der Ernst hielt bei diesem Schauspiel unter uns nicht lange vor; bald gewann die Komik die Oberhand, namentlich, wenn wir den Herrn Schulrat, der nur trippeln, nicht ordentlich marschieren konnte, parademäßig an uns vorbeiziehen sahen. Es war überhaupt ein besonderer Genuß für uns, die Alten, den Kindern gleich, Soldat spielen zu sehen; weiter war es kaum etwas, was die Bürgerwehr leistete: prunkvolle Paradeaufzüge bei passenden Gelegenheiten, mit der nachfolgenden Erfrischung nach dem heißen Tagewerke. Wenn sie wirklich einmal zur Herstellung der Ruhe in Aktion treten sollte, dann war sie nicht zusammenzubringen. [...]*“

Professor Dr. Josef Kuhl, Progymnasial-Direktor a. D., schildert die revolutionären Ereignisse aus der Sicht des 17jährigen Gymnasiasten, wobei er das Skurril-Komische in den Vordergrund seiner Betrachtungen rückt. Die Verniedlichung der 48er Revolution als „Karneval“ ist durchaus typisch für die Sichtweise der wilhelminischen Epoche. – Mit dem „Direktor an der Spitze“ ist Professor Franz Nikolaus Klein (1784-1855) vom Koblenzer Gymnasium gemeint, bei dem gefürchteten Provinzialschulrat handelt es sich um den Regierungs- und Schulrat Dr. Karl Wilhelm Lukas.

2.4 Der Anfang vom Ende. Die Erstürmung des Hauses Adams in der Rheinstraße

Anzeige Franz Peter Adams' im Coblenzer Anzeiger Nr. 234 vom 23.9.1848.

Zur Verständigung

Gestern empfing mich in Frankfurt, wo mich in den Tagen der Gefahr meine Pflicht zurückhielt, die Nachricht von den in der Nacht des 19. I[aufenden] M[onats] im Namen der Freiheit von Menschen, die zum Beweise ihres Muthes durch Schwärzen ihrer Gesichter sich unkenntlich zu machen suchten, und unter Verbreitung des lügenhaften Gerüchtes, ich sey verstohlener Weise hier angekommen, gegen mein Haus verübten Excessen, wodurch meine seit mehreren Monaten kränkelnde Gattin gezwungen wurde, sich durch den Garten über eine Mauer zu flüchten, und neben der Hausthüre und den Fenstern ein Theil meiner Mobilien zertrümmert und auf die Straße geworfen wurde. Wenn die Hülfe spät kam, so liegt für mich darin der Beweis, daß die große Mehrzahl meiner Mitbürger die Verübung solcher Schandthaten nicht für möglich hielt – für diese bedarf es auch nicht der Versicherung, daß ich mich in meiner bisherigen Handlungsweise lediglich durch mein Gewissen leiten ließ und nach Kräften das wahre Wohl, die Einheit und Freiheit unseres deutschen Vaterlandes zu erstreben bemüht war. Für die Andern hege ich nur den Wunsch, daß sie in sich gehen und zu der Einsicht gelangen möchten, daß der Terrorismus nicht zur wahren Freiheit führt. Für das, was ich gethan, verlange ich von Niemanden einen Dank; ich hielt mich verpflichtet, meinem Vaterlande das Opfer meiner Zeit und meiner schwachen Kräfte zu bringen; – und würde allen Anfechtungen und Verläumdungen zum Trotz es auch noch ferner bringen, wenn nicht andere wichtige Pflichten mich hierhin zurückriefen. Denjenigen meiner Mitbürger, welche dem Unfug Einhalt geboten und mein Haus und meine Familie beschützten, und der Letztern eine so lebendige Theilnahme bewiesen, ganz besonders aber denen, die ihr in der Not eine so freundliche Zuflucht anboten und gewährten, spreche ich hierdurch meinen wärmsten Dank aus.

Coblenz, den 22. September 1848.

Adams

Advokatanwalt Franz Peter Adams im Kreis seiner Familie, um 1842. Aus: *Erich Klinge*: Hundert-siebzig Jahre Anwaltskanzlei. Zur Geschichte einer Koblenzer Anwaltssozietät 1826-1996. Koblenz 1996, S. 12.

Am Abend des 19. September 1848 versammelt sich vor dem Haus des Abgeordneten Franz Peter Adams, Rheinstraße 26, eine größere Menschenmenge, vorwiegend Anhänger der Demokraten. Sie protestieren mit Ihrer „Katzenmusik“ gegen die scheinbar preußenfreundliche Haltung Adams' in der dänischen Frage. Dieser hatte in der Frankfurter Nationalversammlung das Waffenstillstands-abkommen von Malmö zwischen Preußen und Dänemark vom 26. August 1848 gebilligt und somit in den Augen seiner Gegner die nationale Sache verraten. Die Menge stürmt das Haus, zerschlägt die Fenster und zertrümmert das Mobiliar. Adams' Frau muß über eine benachbarte Gartenmauer flüchten. Friedensrichter Kopp unterläßt es zunächst, die Bürgerwehr zu alarmieren und versucht, durch sein persönliches Erscheinen am Ort des Geschehens die Situation zu beruhigen, was jedoch mißlingt. Als schließlich doch noch Angehörige der Bürgerwehr in der Rheinstraße eintreffen, hat sich die Menge bereits zerstreut.

2.5 Die Auflösung der Bürgerwehr

Kikerikik. Melodie: der Vogelfänger. Anonymes Flugblatt, Ende 1848. Ex. in StAK KH 127. – Christian Ignaz Haan (1783-1857), 1843-1857 Beigeordneter der Stadt Koblenz. Abb. aus *Werner Wilhelm Weichelt*: Casino Coblenz 1808-1908. Ein Gedenkbuch zur Hundertjahr-Feier. Coblenz 1908, S. 177.

*Es kräht' ein Hahn gar stolz und laut
Die Stadt ist mir jetzt anvertraut (rep[etitur])
Und weil es mir nun so gefällt,
Bist Bürgerwehr du eingestellt.
Kikerikik! Au! Au! (rep.)*

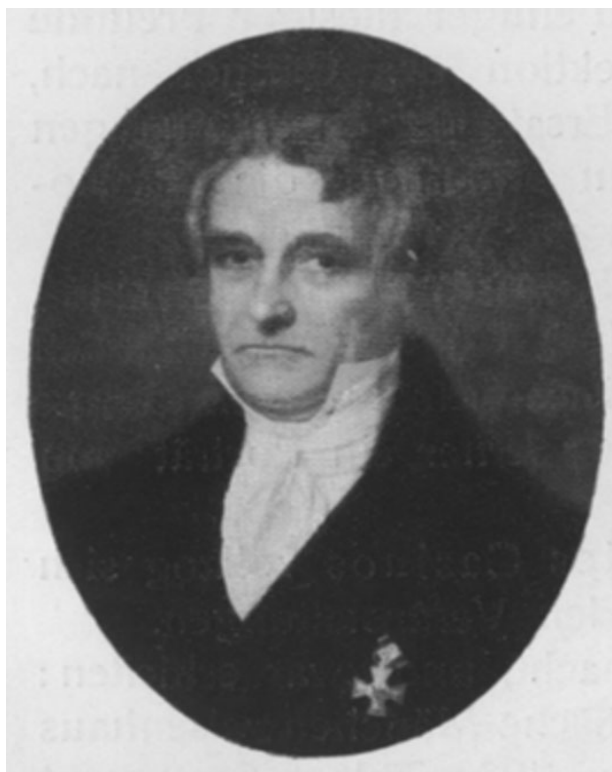
*Trotz Reichsparade, trotz Geschrei
Bracht man die Waffen noch herbei,
Die Flinte noch voll Pulverdampf
Vom letzten Barrikadenkampf.
Kikerikik! Au! Au! rep.*

*Der Sabel war voll Türkenblut,
Die Mütze voll von Russenwuth
Und wo ein Schnors nach Westen stand,
Da nahm man gleich die Scheer zur Hand!
Kikerikik! Au! Au! rep.*

*Doch auch zu Ehren sei's gesagt,
Gar mancher hat es still beklagt
Und jeder Wuthentbrannte rief:
Wir leisten Widerstand passiv.
Kikerikik! Au! Au! rep.*

*Doch manches Mädchen, manche Frau,
Die lächelte darob ganz schlau;
Denn war der Schatz, der Mann auf Wacht,
Dann blieb er aus die ganze Nacht!
Kikerikik! Au! Au! rep.*

*Gottlob! die Waffen sind versorgt,
Die man im März so gern geborgt,
Drum Heil dir, edler Gockelhahn,
Daß du uns dieses angethan!
Kikerikik! Au! Au! rep.*



Christian Ignaz Haan (1783-1857), 1843-1857 Beigeordneter der Stadt Koblenz.

Die Spottverse beziehen sich auf den städtischen Beigeordneten Christian Ignaz Haan. Er vertritt im November 1848 Oberbürgermeister Bachem, der sich zur Übergabe einer Petition an die preußische Nationalversammlung in Berlin aufhält. Am 18. November hält sich eine größere Menschenmenge am Moselbrückentor auf, um die aus dem Umland eintreffenden Bauern an der Entrichtung der Mahl- und Schlachtsteuer zu hindern, mit der alle in die Stadt eingeführten landwirtschaftlichen Produkte belastet werden. Hintergrund ist der von der Berliner Nationalversammlung beschlossene Aufruf zur Steuerverweigerung, eine Reaktion auf die Auflösung der Berliner Bürgerwehr am 12. November und die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg. Tatsächlich gelingt es, Vieh und Mehl in größerem Umfang un versteuert in die Stadt zu bringen. Als sich am 20. November eine noch größere Menschenansammlung an der Moselbrücke bildet, fordert Haan Friedensrichter Kopp auf, die Menge zu zerstreuen. Die Führer der Bürgerwehr verweigern sich jedoch diesem Ansinnen mit dem Hinweis auf die von ihnen unterstützten Beschlüsse der Nationalversammlung. Preußische Truppen lösen daraufhin die Demonstration auf. Als im Gegenzug Anhänger der Demokraten Haan eine „Katzenmusik“ darbringen wollen, greift wiederum Militär ein. Am 21. November verfügt die Regierung die Auflösung der Bürgerwehr, die am 13. Dezem-

3. Politische Gruppen und Ereignisse

Seit der Rheinkrise von 1840 bilden sich in Deutschland allmählich politische Strömungen und parteiähnliche Richtungen aus, die sich vornehmlich in Vereinen und Klubs, zunächst auf lokaler Ebene, organisieren. Neben dem städtischen Liberalismus des Groß- und Bildungsbürgertums wird im Rheinland ein konservativer bis liberaler Katholizismus prägend, der, durch die Revolution von 1848/49 ins Politische gewendet, auch im Kleinbürgertum mehr und mehr an Boden gewinnt. Bei den Kommunalwahlen von 1846 artikuliert sich erstmals eine demokratisch-republikanische Parteiströmung. Das Mit- und Gegeneinander dieser drei Grundrichtungen bestimmt auch den Verlauf der Ereignisse in Koblenz, wobei die Tendenz zur Radikalisierung der politischen Anschauungen unübersehbar ist.

3.1 Politische Vereine 1848/49

3.1.1 Katholiken und „Ultramontane Glaubensarmee“

Einladung des Katholischen Volksvereins zur Generalversammlung. Anzeige im Coblenzer Anzeiger vom 23.9.1848.

Der päpstliche Nuntius Viale Prelà bezeichnet Ende der 1840er Jahre die Koblenzer Katholiken als *Partei*, die *beinahe ultra-katholisch* sei. Sie bestehe vorwiegend aus Honoratioren der Oberschicht, die im Vergleich zu der auf Ausgleich bedachten Koblenzer Pfarrgeistlichkeit eine orthodoxe Haltung einnehme, die über den „gewöhnlichen“ Ultramontanismus weit hinausgehe. Der „Zentralwahlverein für den Regierungsbezirk Koblenz“ mit seinem Spitzenkandidaten Franz Peter Adams ist vorwiegend katholisch geprägt und geht im Sommer 1848 im „Katholischen Volksverein“ auf. Die Heterogenität des katholischen Lagers tritt jedoch anlässlich der Oktroyierung der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848 und der Wahlen Anfang 1849 so deutlich zutage, daß der Katholische Volksverein daran zerbricht. Eine Minderheit, die „preußisch-katholische“ Fraktion der Honoratioren, verläßt den Volksverein und gründet gegen die sich radikalisierende „Bewegungspartei“ einen „Katholischen Wahlverein“ und im Anschluß daran einen mehr religiös-unpolitischen „Piusverein“. Die Mehrheit des Volksvereins, dessen Mitglieder in erster Linie dem kleinbürgerlichen Milieu entstammen, nähert sich den demokratischen Kräften an.

3.1.2 Die bürgerlich-liberale Richtung

Programm des Bürger-Wahlvereins vom 11.4.1848. Druck. Ex. in StAK KH 127.

[...] Damit nun zunächst offenkundig sei, welche Aussichten [...] die hiesigen Lande [...] zu verwirklichen suchen, [...] so bezeichnen die Unterzeichneten zunächst als solche, in Uebereinstimmung mit dem Programm des Frankfurter Fünfziger-Ausschusses:

- 1) Gleichstellung der politischen Rechte, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate.*
- 2) Volle Preßfreiheit.*
- 3) Freies Vereinigungsrecht.*
- 4) Petitionsrecht.*
- 5) Eine freie, volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister; Initiative der*

Volkskammer.

[...]

9) *Unbedingtes Auswanderungsrecht.*

10) *Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht.*

11) *Lehr- und Lernfreiheit.*

12) *Schutz der persönlichen Freiheit.*

13) *Schutz gegen Justizverweigerungen.*

14) *Unabhängigkeit der Justiz.*

[...]

Programm

Bürger-Wahlvereins.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß im politischen und socialen Leben nur durch eine Vereinigung der vereinzeltten Kräfte zum gemeinsamen Besten etwas Großes erreicht werden kann, daß aber bloß die Vereinigung gleichartiger Elemente eine dauernde und wahre ist, die Verbindung ungleichartiger hingegen nur zur Zersplitterung und Auflösung führt; haben die unterzeichneten Bürger sich zu einem Wahlverein gebildet mit dem Zwecke, die Wahl einsichtsvoller, freisinniger und fester Volksvertreter sowohl für die constituirende Versammlung in Frankfurt wie die in Berlin möglichst zu sichern.

Damit nun zunächst offenkundig sei, welche Aussichten, Wünsche, Forderungen zur Herstellung eines echt freisinnigen, nationalen Volkslebens die hiesigen Lande, gewiß in Uebereinstimmung mit dem übrigen deutschen Vaterlande, zu verwirklichen suchen, so bezeichnen die Unterzeichneten zunächst als solche, in Uebereinstimmung mit dem Programm des Frankfurter Fünfziger-Ausschusses:

- 1) Gleichstellung der politischen Rechte, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate.
- 2) Volle Pressfreiheit.
- 3) Freies Vereinigungsrecht.
- 4) Petitionsrecht.
- 5) Eine freie, volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister; Initiative der Volkskammer.
- 6) Gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft.
- 7) Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts.
- 8) Gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern. Freie Municipalverfassung.
- 9) Unbedingtes Auswanderungsrecht.
- 10) Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht.
- 11) Lehr- und Lernfreiheit.
- 12) Schutz der persönlichen Freiheit.
- 13) Schutz gegen Justizverweigerungen.
- 14) Unabhängigkeit der Justiz.
- 15) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen.

Ferner:

- 16) Ein volksthümliches Creditssystem mit Ackerbau- und Arbeit-Credit-Kassen.
- 17) Schutz der Arbeit durch Einrichtungen und Maßregeln, um Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren,
- 18) Erwerbslosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen,

19) die Verfassung des Gewerbs und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen.

20) Schulunterricht für alle Klassen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln.

21) Anerkennung endlich der Auswanderung als National-Angelegenheit und Regelung derselben zum Schutze der Auswanderer.

Und muß gerade auf die letzten Punkte besonderes Gewicht gelegt werden, indem von diesen vor Allem eine unzweifelhafte Besserung gegenwärtig so mangelhafter Zustände erwartet werden kann.

Sehen wir noch auf Preußens individuelle Lage, so werden noch folgende Maßregeln zur Grundlage eines besseren Zustands als notwendig erscheinen:

22) Verminderung der Steuerlast und möglichste Steuerfreiheit der Ärmern Volksklasse, zu diesem Ende:

23) Verminderung des stehenden Heeres und Einrichtung einer allgemeinen Volksbewaffnung.

24) Verminderung der zu großen Zahl der Beamten.

25) Verminderung der hohen Gehälter und Pensionen.

Die Unterzeichneten streben daher, im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt und in Gemeinschaft mit ihren Mitbürgern, dahin zu wirken, daß sowohl Wahlmänner als Abgeordnete sich zu den vorstehenden Principien mit Aufrichtigkeit bekennen, und demnach nur solche Männer gewählt werden, deren bisheriges Leben und Meinungsäußerungen die Garantie darbieten, daß ihr Freisinn und ihre volksthümlichen Sympathieen auf innerster Ueberzeugung beruhen, und daß sie dem Vertrauen ihrer Mitbürger in vollem Maße entsprechen werden.

Koblenz, den 11. April 1848.

Dr. Ahrweiler. J. A. Dillig. V. Pernays. Christ. Franz Doll. A. Nov. Namershausen. Jac. Drucker. Jac. Engers. C. Elsner. Gustav Eichacker. Eckstein. Feld. H. Fett. H. Franck. Fluchard. M. F. Göb. H. Geromont. Jos. Gores. H. F. Gassen. Franz Gretscher. Hergt jun. M. Homann. J. Homann. J. P. Hörter. Hubert Hörter. J. Holler. Kolligs. Conr. Kiesel. Kullmann. Klein. Krecker. C. Kern. J. A. Leroy. Dr. Meyer. Philipp Menn. Jean Meyer. Jos. Mündenich. Wm. Müller. C. A. Mantell. Fr. Mispelbaum. Carl Münster. Leon. Meyer. H. Nebel. Gottfr. Oswald. Dr. Petry. P. Pfadler. Julius Quentel. Schneider, Assessor. J. U. Schickhausen. Standt, Assessor. Joseph Schüller. B. Schneider. U. Schmitt. Wm. Stein. Friedr. Stölben. Max Seligmann. Dr. Velten. Dr. Waldorff. Jos. Wirthsen. J. P. J. Wolff. J. P. Dimmermann.

Buchdruckerei von R. F. Hergt in Koblenz.

Der Bürger-Wahlverein, der vornehmlich liberal-demokratische Freiberufler und Gewerbetreibende umfaßt, bildet sich als Reaktion auf die katholische Grundrichtung des Zentralwahlvereins. Die Programme unterscheiden sich kaum voneinander. Zusammen mit einem Handwerker-Wahlverein

nominiert der Bürger-Wahlverein Karl Barton gen. von Stedman, Besitzer des Guts Besselich bei Urbar, als Kandidaten, der schließlich für den überwiegend protestantischen Wahlkreis Kreuznach in die Frankfurter Nationalversammlung einzieht. Als der Koblenzer Abgeordnete Franz Peter Adams im Oktober 1848 sein Frankfurter Mandat niederlegt, folgt ihm mit Philipp Jakob Caspers ein Vertreter der linksliberalen Richtung nach.

3.1.3 Die Demokraten

Bericht im Coblenzer Tageblatt vom 1.10.1848 über die erste öffentliche Sitzung des Demokratischen Vereins.

[...]

Nach Eröffnung der Sitzung wurden die noch nicht gedruckten, sehr kurz gefaßten Statuten vorgelesen; oben an hat darin der Verein den Satz gestellt: „Alles für, Alles durch das Volk!“ [...]. Ein Mitglied des Ausschusses (Vorstandes) setzte nun in einer allgemein verständlichen Ansprache klar auseinander, daß nachdem die Demokratie siegreich aus der März-Revolution hervorgegangen, die wohlverstandene Aufgabe der demokratischen Vereine in Deutschland jetzt keine andere mehr sei, als sie, die Demokratie, auf geistigem Wege, durch die Kraft der Ueberzeugung, immer mehr zu verbreiten, zu erstarken und zu befestigen [...]; der Redner drückte hierbei lebhaft sein Bedauern aus, daß man anderwärts diesen Weg verlassen habe und sogar gewaltthätig aufgetreten sei; er wies darauf hin, daß dadurch nur die volksfeindliche Reaktion Boden gewonnen habe.

[...]

Am 16. September 1848 gegründet, hat der Demokratische Verein zu Anfang immerhin schon mehr als 100 Mitglieder. Unter der Führung von Advokatanwalt Josef Breil erstrebt der Verein eine rechtlich und politisch egalitäre Gesellschaft. Damit gelten seine Anhänger als die „Wühler“ schlechthin, zumal sie auch immer wieder versuchen, auf Militärangehörige, insbesondere Landwehrmänner, einzuwirken. Zusammen mit dem im Mai 1848 gegründeten „Politischen Klub“, der Ende des Jahres nach dem Austritt etlicher großbürgerlicher Mitglieder und Offiziere der demokratischen Richtung zuneigt, und dem nunmehr linksliberalen Katholischen Volksverein bilden die Demokraten anläßlich der Wahlen Anfang 1849 eine Koalition, die als „Verein für volksthümliche Wahlen im Regierungs-Bezirk Coblenz“ den allergrößten Teil der Stimmen auf sich vereinigen kann und dem „Katholischen Wahlverein“ eine herbe Niederlage bereitet.

3.1.4 Der „Bürgerverein für gesetzliche Freiheit und Volkswohl“

Programm des Bürgervereins für gesetzliche Freiheit und Volkswohl vom 12.12.1848. Druck. Ex. in StAK KH 127.

[...] II. Im Gebiete des Staatslebens strebt der Verein nach Verwirklichung der Idee des Rechtsstaates. Er erkennt demnach, in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Nation an: daß die verfassungsmäßige d. h. durch das Gesetz beschränkte (konstitutionelle) Monarchie überhaupt und insbesondere für Deutschland, die beste Staatsform sey.

Dieser Klub, im Volksmund kurz „Preußenverein“ genannt, entsteht im Dezember 1848. Da ihm größtenteils Beamte und Offiziere angehören, hängt die Vereinsgründung vermutlich mit der Richtungsänderung des obenerwähnten „Politischen Klubs“ zusammen. Der Verein stellt in gewisser Hinsicht das protestantisch-preußische Gegenstück zur Honoratiorenvereinigung des „Katholischen

Wahlvereins“ dar.

3.2 Mißbilligung des Gemeinderats wegen „politischer Tätigkeit“ 1849

Nachweise über die Zustellung der Vorladungen an die Gemeinderatsmitglieder, die an der Sitzung vom 16.5.1849 teilgenommen haben. Koblenz, 3./4.6.1849. Ausfertigung. StAK 623 Nr. 2184, S. 23-24.

Ich habe eine Vorladung des Oberbürgermeister-Amts betreffend die von dem Herrn Regierungsrath Halm geführte Untersuchung wegen des Stadtrathsbeschlusses vom 16ten Mai 1849 abgegeben an die Herrn

<i>Siebert</i>	<i>zu Händen ihm selbst</i>
<i>Dr. Capellmann</i>	<i>zu Händen ihm selbst</i>
<i>Willnecker</i>	<i>zu Händen seiner Frau</i>
<i>Leymann</i>	<i>zu Händen seiner Frau</i>
<i>Werner</i>	<i>zu Händen ihm selbst</i>
<i>Hasslacher</i>	<i>zu Händen seiner Tochter Therese</i>
<i>Dahr</i>	<i>zu Händen ihm selbst</i>
<i>Osterhaus</i>	<i>zu Händen ihm selbst</i>
<i>G. Drimborn</i>	<i>zu Händen ihm selbst</i>

Coblenz, den 3. Juni 1849

Koffler
Stadtdiener

* * *

Die Vorladung des Oberbürgermeister-Amts, betreffend die von dem Herrn Regierungsrath Halm geführte Untersuchung wegen des Stadtrathsbeschlusses vom 16ten Mai 1849 habe ich heute abgegeben an Herrn:

<i>Bädecker</i>	<i>ihm selbst</i>
<i>Kalisch</i>	<i>Secretair Buhl</i>
<i>Schäffer</i>	<i>seiner Frau</i>
<i>Dr. Longard I</i>	<i>ihm selbst</i>
<i>Mohr</i>	<i>seiner Frau</i>
<i>Longard II</i>	<i>Secretair Schormiller</i>
<i>Mündnich</i>	<i>ihm selbst</i>
<i>Hoffmann</i>	<i>seiner Frau</i>
<i>Deinhard</i>	<i>ihm selbst</i>
<i>Sehmer</i>	<i>ihm selbst</i>
<i>Aldenhoven</i>	<i>ihm selbst</i>
<i>B. Mayer</i>	<i>ihm selbst</i>
<i>Leroy</i>	<i>ihm selbst</i>
<i>Dewald</i>	<i>seiner Frau</i>
<i>Lucas</i>	<i>seinem Hausknecht Joh. Münsch</i>

Coblenz, den 4ten Juni 1849

Koffler

Stadtdiener

Nach § 61 der Rheinischen Gemeindeordnung von 1845 ist der Gemeindevertretung die Erörterung von Fragen „politischen Inhalts“ verboten, eine Bestimmung, über die man sich in den Jahren 1848/49 permanent hinwegsetzt. Seit dem reaktionären Schwenk König Friedrich Wilhelms IV. im November 1848 ist die Regierung jedoch immer weniger gewillt, die politische Betätigung der Gemeinderäte stillschweigend hinzunehmen. Am 8. Mai 1849 beschließt eine Versammlung rheinischer Gemeindevertreter im Kölner Gürzenich unter dem Vorsitz des Koblenzer Advokatanwalts Johann Peter Werner, die von der Frankfurter Nationalversammlung ausgearbeitete Reichsverfassung als gültiges Gesetz anzuerkennen. Sie fordert die Entlassung des reaktionären Ministeriums Brandenburg/Manteuffel und weist auf die Gefahr der Trennung der Rheinprovinz von Preußen hin. Da nun der Koblenzer Gemeinderat am 16. Mai diesen Kölner Beschluß im großen und ganzen billigt, sieht die Regierung hierin eine verbotene politische Betätigung der Gemeindevertreter und betraut Oberregierungsrat Franz Halm mit der Untersuchung des Vorgangs. Außerdem leitet sie ein Disziplinarverfahren gegen Oberbürgermeister Bachem ein. Der Gemeinderat wird zu einer Stellungnahme aufgefordert; darüber hinaus verhört Halm alle Mitglieder einzeln. Obwohl der Innenminister die Auflösung des Gemeinderats erwägt, bleibt es bei einer Mißbilligung und ausdrücklichen Verwarnung.

3.3 Konflikte zwischen Bürgerschaft und Militär

3.1.1 Das oft spannungsgeladene Verhältnis zwischen altpreußischen Beamten und Militärs einerseits und den alteingesessenen Koblenzern andererseits eskaliert immer wieder und entlädt sich in Schlägereien und Gewalttätigkeiten. Dies trifft besonders für die Zeit nach den Kölner Wirren zu (ab 1839), als die nun permanente Konfliktsituation zwischen der Regierung und dem katholischen Bevölkerungsteil mehr und mehr in das allgemeine Bewußtsein dringt.

Ende Juni 1839

Drei Metternicher Bürger setzen einen entflohenen Militärsträfling fest und bringen ihn nach Koblenz zurück. Eine 200-300köpfige Menschenmenge sammelt sich an der Hauptwache an den Vier Türmen und versucht, die Metternicher am Verlassen der Stadt zu hindern, da diese angeblich ein „Fanggeld“ kassiert haben. Militärpatrouillen stoßen hinzu, so daß der zufällig passierende Oberbürgermeister Mähler erst im letzten Augenblick eine gewaltsame Auseinandersetzung verhindern kann.

Juli 1842

Nach einer Wirtshausschlägerei zwischen Militärs und Zivilisten, bei der der Sohn des Bürstenmachers Otte verletzt wird, verfolgt eine Menschenmenge einen Unteroffizier, der sich in ein nahegelegenes Haus in der Gördenstraße flüchtet. Daraufhin greift die Menge das Haus „mit Steinen“ an, bevor Militär anrückt.

1. März 1846

Eine Militärpatrouille, die in der Löhrstraße eine Schlägerei zwischen Militärangehörigen und Zivilisten schlichten will, muß zurückweichen, da „Haufen von Menschen“ sie „umzingeln“. Als daraufhin der Schmied Wendelin Nix, ein Demokrat, und der Kohlenhändler Franz Blum, Vorstandsmitglied des Katholischen Männervereins, in die Hauptwache abgeführt werden, kommt es dort zu einem Tumult, bei dem wiederum Steine fliegen.

Oktober 1847

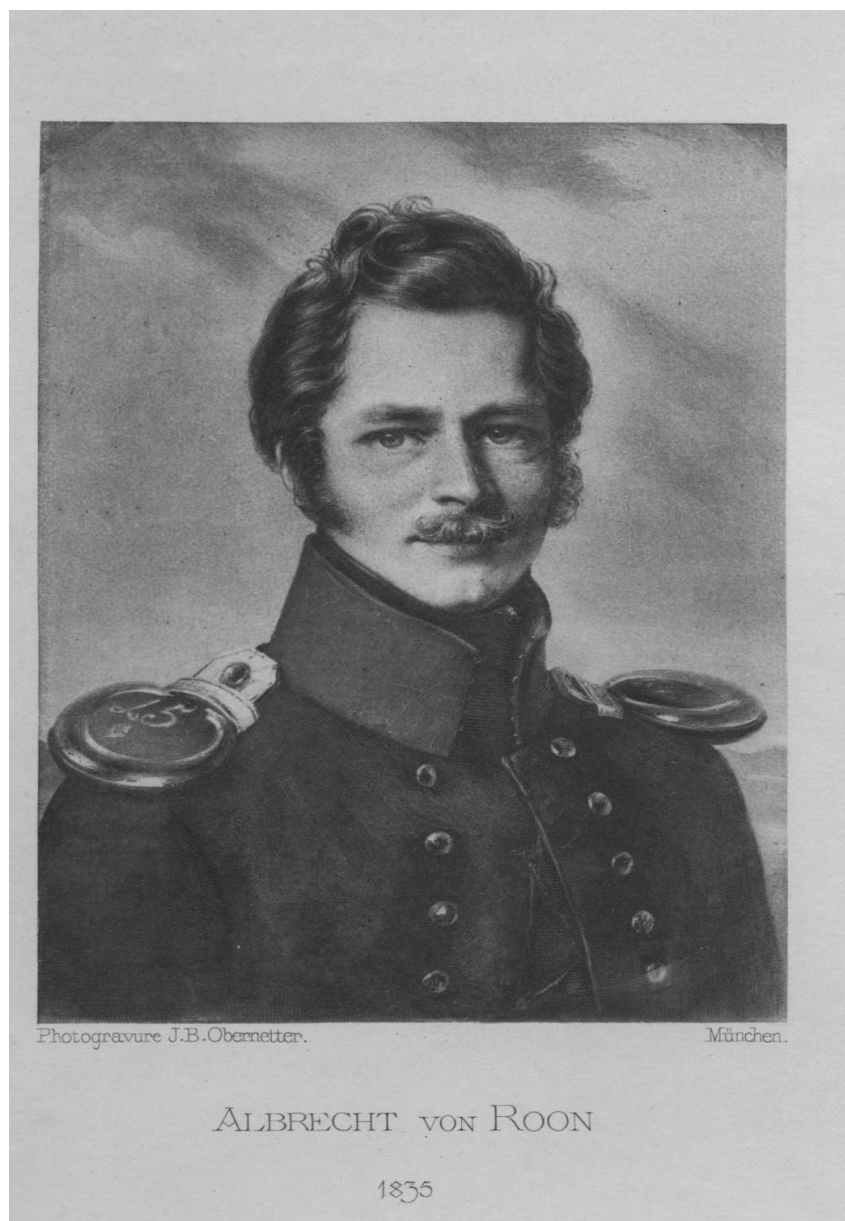
General Karl von Bardeleben, Kommandant von Koblenz und Ehrenbreitstein und Kopf des

konservativen „Riesenklubs“ – so genannt nach dessen Versammlungsort, dem Gasthof „Zum Riesen“ –, erklärt, daß er die Stadt im Falle von Unruhen „zusammenschießen“ lassen werde.

7. Juni 1849

60 bis 80 Menschen, die sich am Fronleichnamstag friedlich am Löhrondell versammeln, sind Anlaß für die Drohung des Stadtkommandanten, General von Wussow, im Falle erneuter „verbotener Zusammenrottungen“ die Stadt in den Belagerungszustand zu versetzen.

3.1.2 Albrecht Graf von Roon: Denkwürdigkeiten aus dem Leben des General-Feldmarschalls Kriegsministers Grafen von Roon. 1. Bd. Breslau 1892. – Frontispiz.



Roon ist von August 1848 bis Dezember 1850 Generalstabschef des VIII. Armeekorps in Koblenz. In persönlichen Aufzeichnungen und Briefen schildert er die Stimmung und Haltung der Bevöl-

kerung aus der Sicht eines hohen Offiziers.

Brief an seine Frau, Koblenz, 10.6.1848

Hier in Coblenz haben wir zwar auch einen „Klubb“, aber seine Tendenz ist erträglich. Uebrigens habe ich nichts von außerordentlicher Aufregung und Bewegung im Volke wahrgenommen; kaum eine Spur vom Berliner Taumel, aber die Rheinländer sind, wie Du weißt, sehr beweglich und aufregsam, daher ist nicht auf sie zu bauen. Die Truppen sollen, mit Ausnahme eines Regiments, vom besten Geiste beseelt sein. Die ruhigen Leute in der Provinz fürchten sich übrigens weniger vor dem eigenen als vor dem Berliner Ungeziefer. Wenn dies in der Hauptstadt die Windkante gewinnen sollte, erst dann fürchtet man, daß es auch hier möglich sei, sonst nicht.

Brief an seine Frau, Koblenz, 18.7.1848

Am Sonntag [16. Juli] hat Coblenz die Erwählung des Erzherzogs-Reichsverwesers festlich begangen durch eine große Parade der Bürgerwehr, Böllerschüsse, Zweckessen, Entfaltung zahlreicher Fahnen und Illumination. Wir, d. h. die Offiziere, haben uns dabei nicht betheiligt, da desfallsige Befehle von Oben nicht gegeben waren. Wir wurden daher auch äußerlich einmal die Kluft gewahr, die die hiesige Bevölkerung vom Preußentum jetzt deutlicher als jemals scheidet. Ja, es ist wahr! Das rheinische Volk hat, irregeleitet durch den Trug der Zeit und die Einflüsterungen seiner Priester, kein Gedächtnis für die gleichwohl handgreiflichen Wohltaten, die es seit nun 33 Jahren von unserer Regierung empfangen. [...] Uebrigens betragen sich die Leute ziemlich gesetzlich und höflich. Zum offenen Auftreten fehlt es ihnen an Muth und Kraft. Aber ihr übler Wille ist nicht zu verkennen. Am Sonabend Abend hatten sie sogar die Unverschämtheit, den französischen Zapfenstreich statt des preußischen zu schlagen [...].

3.1.3 Tod des Studenten Paul Geromont, 1849

Artikel im Coblenzer Tageblatt vom 23.6.1849.

Coblenz, 22. Juni. Gestern wurde die Leiche des in ungleichem Kampfe gewaltsam getödteten jungen Mannes, des Herrn Paul Geromont, zur letzten Ruhestätte getragen. Groß war die Theilnahme. Nicht allein die hiesigen Schützen und Turner, auch die Ehrenbreitsteiner Schützengesellschaft hatte sich am Zuge betheiligt. Eine Schaar von Jungfrauen, Kränze tragend, ging der Leiche voran, der dem Verstorbenen befreundete junge Männer mit brennenden Kerzen folgten. Der Leichenzug mit den vielen Fahnen glich einer großen Wallfahrt und die ältesten Leute erinnern sich eines ähnlichen Begräbnisses nicht, an dem sich so allgemeine herzliche Theilnahme, wie der offene, wahrheitsliebende Hingeschiedene in so hohem Grade verdiente, in so rührender Weise kund gab. [...] Die Läden in den Straßen, durch die der Leichenkondukt ging, waren geschlossen; so zart offenbarte sich das mitfühlende Menschenherz. [...] Kein Auge blieb thränenleer und das möge den tief betrübteten Hinterbliebenen einigen Trost in ihrem herben Verluste gewähren.

Am Abend des 18. Juni 1849, als die Garnison den Jahrestag der Schlacht von Waterloo feiert, geraten betrunkene Offiziere und Zivilisten aneinander. Zwei Offiziere werden verwundet, der junge Koblenzer Demokrat Paul Geromont trägt lebensgefährliche Verletzungen davon und stirbt wenig später. Die Beerdigung gerät zu einer Demonstration gegen den preußischen Staat und die Willkür

4. Wahlen und Abgeordnete

Die Wahlen zur Berliner und Frankfurter Nationalversammlung beschleunigen die Politisierung des öffentlichen Lebens erheblich, da nun Kandidaten aufgestellt und konkrete politische Programme formuliert werden müssen. Die Abgeordneten zu den Nationalversammlungen werden in Frühjahr 1848 in allgemeinen und gleichen Wahlen bestimmt, wogegen die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Juli 1849 erstmals nach dem neu dekretierten Dreiklassenwahlrecht vonstatten gehen, das endlich eine dem König genehme Zusammensetzung der Kammer bewerkstelligen soll.

4.1 Wahlkreiseinteilung der Rheinprovinz für die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung

Druck. Ex. in StAK 623 Nr. 2015.

Der Wahlkreis XIII besteht aus dem Kreis Koblenz (Bürgermeistereiverband Koblenz mit Stadt Koblenz, Neuendorf, Moselweiß und Kapellen sowie Landkreis Koblenz, zusammen 56.673 Einwohner) und den Bürgermeistereien Boppard und Brodenbach des Kreises St. Goar (9903 Einwohner). Wahlort ist Koblenz. Als Wahlkommissar fungiert der Koblenzer Oberbürgermeister Friedrich Wilhelm Alexander Bachem.

4.2 Friedrich Wilhelm Bachem: Oberbürgermeister, Polizeidirektor und Wahlkommissar

Abb.: StAK FA 1-Oberbürgermeister



Als Sohn eines hoch- und deutschmeisterlichen Regierungsrats am 8. Januar 1806 in Düsseldorf geboren, studiert Bachem von 1825 bis 1828 in Bonn und Heidelberg Rechtswissenschaften und wird 1837 Landgerichtsrat in Koblenz. Am 6. März 1847 tritt er als Nachfolger von Abundius Mähler das Amt des Koblenzer Oberbürgermeisters an. Bachem erweist sich in den Jahren 1848/49 zunächst als „roter Demokrat“. Am 18. Mai 1848 zieht eine große Menschenmenge von Koblenz zum Rhenser Königsstuhl, wo sich auch Einwohner von Ehrenbreitstein, Lahnstein, Braubach, Rhens und Kapellen versammeln, um mit Musik, Gesang und dem *rheinischen Radau des Böllerschießens* (Max Bär) den Tag der Eröffnung der Frankfurter Paulskirchenversammlung zu feiern. Nach der Schilderung in Stramberg's „Rheinischem Antiquarius“ soll Bachem unter dem Jubel der Menge gesagt haben: *Bisher ist alles in der Welt für die Könige gewesen, fortan soll alles für das Volk sein. Darum heiße fortan dieser Stuhl der Volksstuhl.* Nach anderen Quellen führt er weiter aus: *Wie ich dies Glas zerschmettere, so werden die Herren am Volke zerschmettern.* Ein Jahr später hingegen bemüht er sich, gegenüber der Regierung dem Beschluß des Gemeinderates *die Spitze abzubrechen*, mit dem das Gremium der Kölner Erklärung vom 8. Mai 1849 beitrifft, die die Frankfurter Nationalversammlung als die auch weiterhin einzig maßgebliche Autorität in Deutschland bezeichnet. Gleichwohl leitet die Regierung ein Disziplinarverfahren gegen Bachem ein. Im Oktober 1851 wird er seiner Funktion als staatlicher Polizeidirektor enthoben. 1857 erfolgt seine Versetzung an das Landgericht Trier, 1858 geht er als Appellationsgerichtsrat nach Köln. Eine besondere Genugtuung für Bachem ist seine Wahl zum Kölner Oberbürgermeister im Jahr 1862. Er stirbt am 11. Februar 1878 in Köln.

4.3 Die Abgeordneten des Wahlkreises Koblenz in der Frankfurter und Berliner Nationalversammlung

Adams, Franz Peter (Springiersbach 17.2.1800 – 21.8.1868 Koblenz; katholisch)

Foto nach einem Ölgemälde, Medienzentrum Rheinland, Düsseldorf. – Franz Peter Adams: An meine Wähler. Coblenz 1848 (Titelblatt).

Adams ist Sohn des Notars Johannes Adams aus Merl (Mosel). Von 1818 bis 1821 studiert er Rechtswissenschaft in Bonn, wo er 1818 Burschenschaftsmitglied wird. 1821 setzt er sein Studium in Heidelberg fort. 1826 heiratet Adams Elisabeth Lenné, die Schwester des Gartenarchitekten Peter Josef Lenné, und läßt sich als Advokatanwalt, ab 1834 mit dem Titel Justizrat, in Koblenz nieder. 1845 gehört er zu den Mitbegründern des Borromäusvereins. Von 1847 bis 1853 ist er Mitglied des Koblenzer Gemeinderats, wo er die Wähler der 3. Klasse vertritt. Seit 1855 betätigt sich Adams als Vorstandsmitglied des Katholischen Preßvereins in Köln. Adams ist Mitglied des Vorparlaments (31.3.-3.4.1848) und der Frankfurter Nationalversammlung (18.5.-9.10.1848). Dort vertritt er den Wahlkreis XIII der Rheinprovinz (Wahlort Koblenz). In Frankfurt schließt er sich der Casino-Partei, der größten Fraktion in der Nationalversammlung, an, die das rechte Zentrum repräsentiert (Programm: Nationalversammlung alleinige Institution zur Begründung der Einheit und Freiheit Deutschlands, weitgehende Autonomie und Eigenart der Einzelstaaten, konstitutionelle Monarchie, erbliches Kaisertum). Adams gehört folgenden Ausschüssen an:

24.5.1848: Ausschuß für die Priorität der Petitionen und Anträge.

1.7.1848: Ausschuß für Begutachtung der Wahlen in Thiengen und Konstanz.

Caspers, Philipp Jakob (18.12.1812 – Koblenz – 4.6.1883 Koblenz; katholisch)

Abb. aus *Werner Wilhelm Weichelt*: Casino Coblenz 1808-1908. Ein Gedenkbuch zur Hundertjahr-Feier. Coblenz 1908, S. 185.



Als Sohn des Kaufmanns Philipp Caspers ergreift auch er den Beruf des „Handelsmanns“. Ab 1850/51 wird er durchweg als „Rentner“ bezeichnet. 1840 heiratet er Maria Christine Sauer. Caspers wird 1847 Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags und des ersten preußischen Vereinigten Landtags. Von 1847 bis 1871 gehört er für die 2. Wählerklasse dem Koblenzer Gemeinderat an. Seit 1862 bis zu dessen Auflösung 1863 betätigt sich Caspers im liberal-demokratischen „Bürgerverein“, über dessen politische Haltung der Koblenzer Polizeidirektor einmal bemerkt, *daß fast keine staatliche Einrichtung und fast kein Beamter vom Präsidenten des Staatsministeriums bis herab zum Bürgermeister Cadenbach in seinen Sitzungen unverschont geblieben sei*. Von 1875 bis zu seinem Tod (1883) ist Caspers Beigeordneter der Stadt Koblenz. 1862-1867 gehört er dem Abgeordnetenhaus des Preußischen Landtags an (Deutsche Fortschrittspartei). Caspers ist Mitglied des Vorparlaments (31.3.-3.4.1848) und der Frankfurter Nationalversammlung (23.10.1848-30.5.1849) als Nachfolger von Franz Peter Adams. Er gehört der „Westendhall“ an, einer Abspaltung des „Württembergers Hof“, in der sich die gemäßigte Linke sammelt („Linke im Frack“); Programm: Souveränität des Volkes bei der Gestaltung seiner Verfassung und Ablehnung einer Vereinbarung der Reichsverfassung mit den Regierungen der Bundesstaaten; allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht. Ab Januar 1849 ist Caspers Mitglied des Zentralmärzvereins (Vereinigte Linke) und lehnt die Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum Deutschen Kaiser ab.

Schlink, Johann Heinrich (* Koblenz, + 20.9.1863 Köln).

Mitglied der Berliner Nationalversammlung. Appellationsgerichtsrat in Köln.

Raffauf, Mathias Josef (* Koblenz 5.4.1798, + 1873)

Mitglied der Berliner Nationalversammlung. Gutsbesitzer in Wolken bei Koblenz.

4.4 Abgeordnete in der Frankfurter Nationalversammlung, die aus Koblenz stammen

Breuning, Carl Philipp Theodor von (Koblenz 2.8.1808 – 14.3.1886 Bad Neuenahr)

Mitglied der Nationalversammlung 26.5.1848-4.5.1849, Wahlkreis XXI (Herzogenrath).

1850-1871 Oberprokurator (Oberstaatsanwalt), 1871-1882 Landgerichtspräsident in Koblenz.

Clemens, Jakob Franz Friedrich (Koblenz 4.10.1815 – 24.2.1869 Rom)

Mitglied der Nationalversammlung 18.5.1848-1.5.1849, Wahlkreis XXIII (Linnich).

1856-1861 Professor der Philosophie in Münster, 1845 Mitbegründer des Borromäusvereins.

Lassaulx, Peter Ernst von (Koblenz 16.3.1805 – 9.5.1861 München)

Mitglied der Nationalversammlung 18.5.1848-7.5.1849, Wahlkreis Abensberg (Niederbayern).

Sohn des Baumeisters Johann Claudius von Lassaulx, 1844-1861 Professor der Klassischen Philologie und Ästhetik in München.

Müller, Johann Georg (Koblenz 15.10.1798 – 19.1.1870 Münster/Westf.)

Mitglied der Nationalversammlung 18.5.1848-7.8.1848, Wahlkreis XX (Münster/Westf.).

1847-1870 Bischof von Münster.

Reichensperger, August (Koblenz 22.3.1808 – 16.7.1895 Köln)

Mitglied der Nationalversammlung 18.5.1848 – 13.5.1849, Wahlkreis XVII (Lechenich).

1849-1875 Appellationsgerichtsrat in Köln. Einer der führenden Katholiken in der Nationalversammlung.

Werner, Johann Peter Josef (Koblenz 12.12.1798 – 15.4.1869 Koblenz)

Abb. aus *Werner Wilhelm Weichelt*: Casino Coblenz 1808-1908. Ein Gedenkbuch zur Hundertjahrfeier. Coblenz 1908, S. 127, 185. – Johann Peter Werner: Bericht an seine Wähler. Coblenz 1849 (Titelblatt).



Mitglied der Nationalversammlung 19.5.1848-3.1.1849, Wahlkreis X (Kaisersesch).

1826-1869 Advokatanwalt in Koblenz (1831 Justizrat).

4.5 Koblenzer Mitglieder des Frankfurter Vorparlaments

Adams, Franz Peter

Caspers, Philipp Jakob**Hammer, Franz Georg** (2.3.1797 – Koblenz – 1.6.1866)

Friedensrichter und Justizrat.

Jordan, Anton (Mannheim 27.8.1804 – 16.4.1890 Koblenz)

Kaufmann (1.9.1884 Kommerzienrat), Mitinhaber des Wein- und Sekthauses Deinhard.

Lingmann, Jakob Wilhelm (Gräfrath, Krs. Solingen 12.9.1818 – 29.1.1880 Koblenz)

Justizrat, 1870-1880 Beigeordneter der Stadt Koblenz.

Reichensperger, Peter (Koblenz 28.5.1810 – 31.12.1892 Berlin)

Landgerichtsrat, Dr. jur. h. c.

4.6 Wahllokale

Rechnung des Gasthofs „Zu den Drei Schweizern“ für die Stadt Koblenz über zertrümmertes Mobiliar im Wahllokal. StAK 623 Nr. 2015, S. 68. – Ansicht des Gasthofes „Zu den drei Schweizern“. StAK FA 1-Am Rhein.

*Gasthof Zu den Drei Schweizern
Coblenz, den 1/5 48*

Rechnung

*für die Ober-Bürger Meisterei Coblenz
von J. J. Schickhausen, sel. Wittwe*

<i>3 Tische gänzlich zerbrochen</i>	<i>15 Thaler</i>
<i>6 Korbstühle theils zerbrochen theils durchgetreten</i>	<i>5 Thaler</i>
<i>7 Gläser zerbrochen</i>	<i>1 Thaler 5 Silbergroschen</i>
<i>3 Teller zerbrochen</i>	<i>15 Silbergroschen</i>
<i>Für Reparatur der Theke</i>	<i>1 Thaler 15 Silbergroschen</i>
	<i>23 Thaler 5 Silbergroschen</i>

Daß bei dem Wahlakt im Saale der drei Schweizer am 1. Mai durch entstandene Verrohung mehrere Tische u. Stühle zerbrochen wurden so wie die Wand des Buffets beschädigt wurde, bescheinige ich auf Verlangen hiermit.

*Coblenz, 2. Mai 1848
Der Wahl Kommissar des IV. Bezirkes
[Johann Anton] Leroy*

68

GASTHOF ZU DEN DREI SCHWEIZERN.

Fol. Zimmer Nro. Coblenz, den 9/11 184

RECHNUNG

für die Oberbürgermeisterwahl

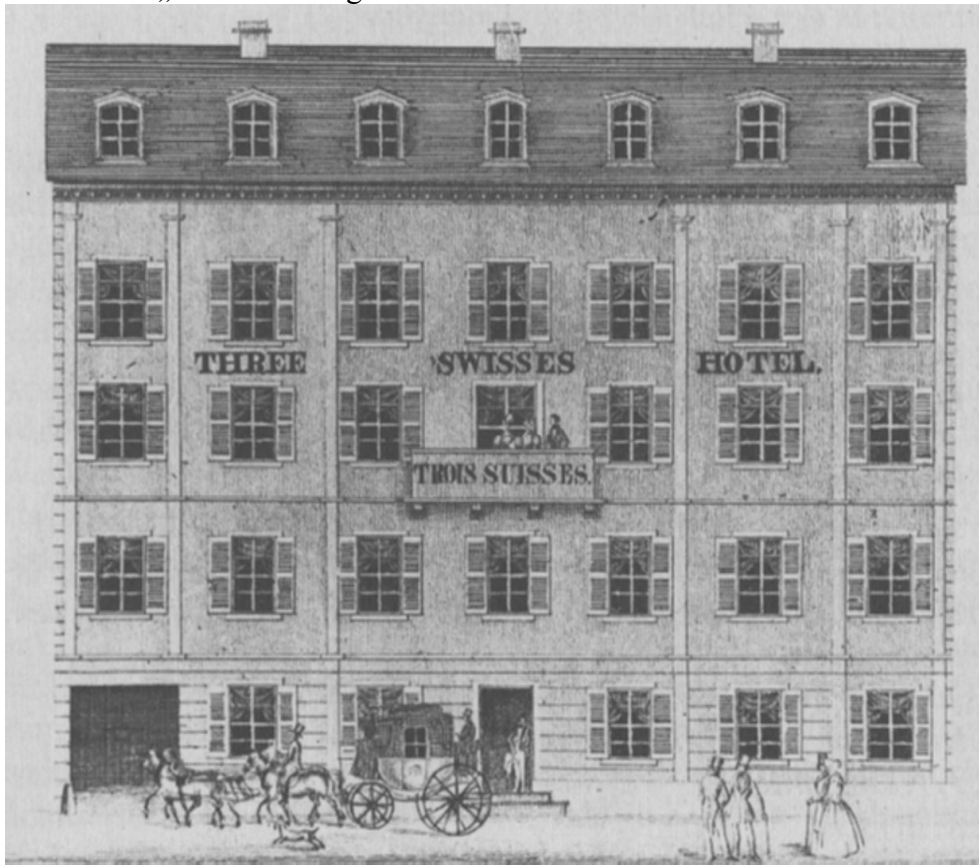
von **J. J. Schickhausen, sel. Wittwe.**

	Thlr.	Sgr.	Pf.
1848			
3 Pfeifen ganzlein	15		
6 Pfeifen halbe ganzlein	5		
7 Gläser ganzlein	1	5	
3 Ballen ganzlein		15	
für Reparatur	1	15	
im Theater			
Thy 23.5			

*Das bei dem Waffackel in
das leide der Schickhausen
am 1. Mai 1848 auf dem
Koblenzener Markt
in der Nähe der Waffackel
so ist in der Hand der Waffackel
auf dem Markt in der Nähe
auf dem Markt in der Nähe
Coblenz 2. Mai 1848
Der Waffackelmeister der St. Baptist
Gerry*

Obwohl die Regierung Mitte April berichtet, daß bei dem *unter den Bürgern vorherrschenden Sinne für Erhaltung der Ruhe und Ordnung* anzunehmen sei, daß die Wahlen zur Frankfurter und Berliner Nationalversammlung ohne Zwischenfälle verlaufen würden, scheint es dennoch zu *kleinen Lebhaftigkeiten* (Max Bär) in den Wahllokalen gekommen zu sein. Neben der Witwe Schickhausen von den „Drei Schweizern“ (Haus Nr. 851, später Am Rhein 4) reicht auch der Wirt Laupus in der Neustadt eine Rechnung über demolierte Einrichtungsgegenstände ein. Der Gemeinderat lehnt aber die Begleichung durch die Stadt ab, da die Wahlen im allgemeinen Interesse erfolgt seien und daher

der Staat für eventuelle „Nebenwirkungen“ haften müsse.



Gasthof Zu den drei Schweizern, Haus Nr. 851 (später Am Rhein 4), 1838.

4.7 Stimmzettel für die Wahl der Wahlmänner zum Berliner Abgeordnetenhaus, Januar 1849

4.7.1 Wahlmännerlisten des Vereins für volksthümliche Wahlen im Regierungs-Bezirk Coblenz und des Katholischen Wahlvereins. Drucke. Ex. in StAK 623 Nr. 2016.

*Wahlmännerliste des Vereins für volksthümliche Wahlen im Regierungs-Bezirk Coblenz
Der demokratische Verein, der politische Club und der demokratisch-katholische Volksverein im
Anschluß mit gleichgesinnten Bürgern*

6. Wahlbezirk (Görgenstraße, Görgengasse, Rheingäßchen mit Nebengäßchen, Casinostraße, Was-
serthurmsmauer, Clemensstraße, neue Görgenstraße)

Wahlort: In den 3 Reichskronen [Entenpfuhl 4]

1. Nic. Schmitt, Kiefer [Küfer].
2. Adv[okat]-Anw[alt] Folmer.
3. Bernh. Schneider.
4. Georg Maurer.
5. Jac. Schmitt, Leinwandh[ändler].
6. Jos. Gretscher.
7. Joh. Maekler.
8. Major Firks.

9. Lorenz Klein.

Katholischer Wahlverein.

Erster Bezirk (An der Moselbrücke, Altengraben, Corallengäßchen, Markt, Marktstraße, Altenhof, Münzplatz, Burgstraße, Gemüßgasse, Etzengäßchen, Fruchtmarkt)

Wahlort: Schulsaal im Kaufhause [Altes Kaufhaus, Florinsmarkt 15]

1. Nic. Dahr.

2. J. P. Longard.

3. A. Bersch.

4. Nic. Willnecker.

5. Franz Blum.

6. Lehrer Stolz.

7. And. Krementz.

8. Joh. Weber, Fruchtmesser

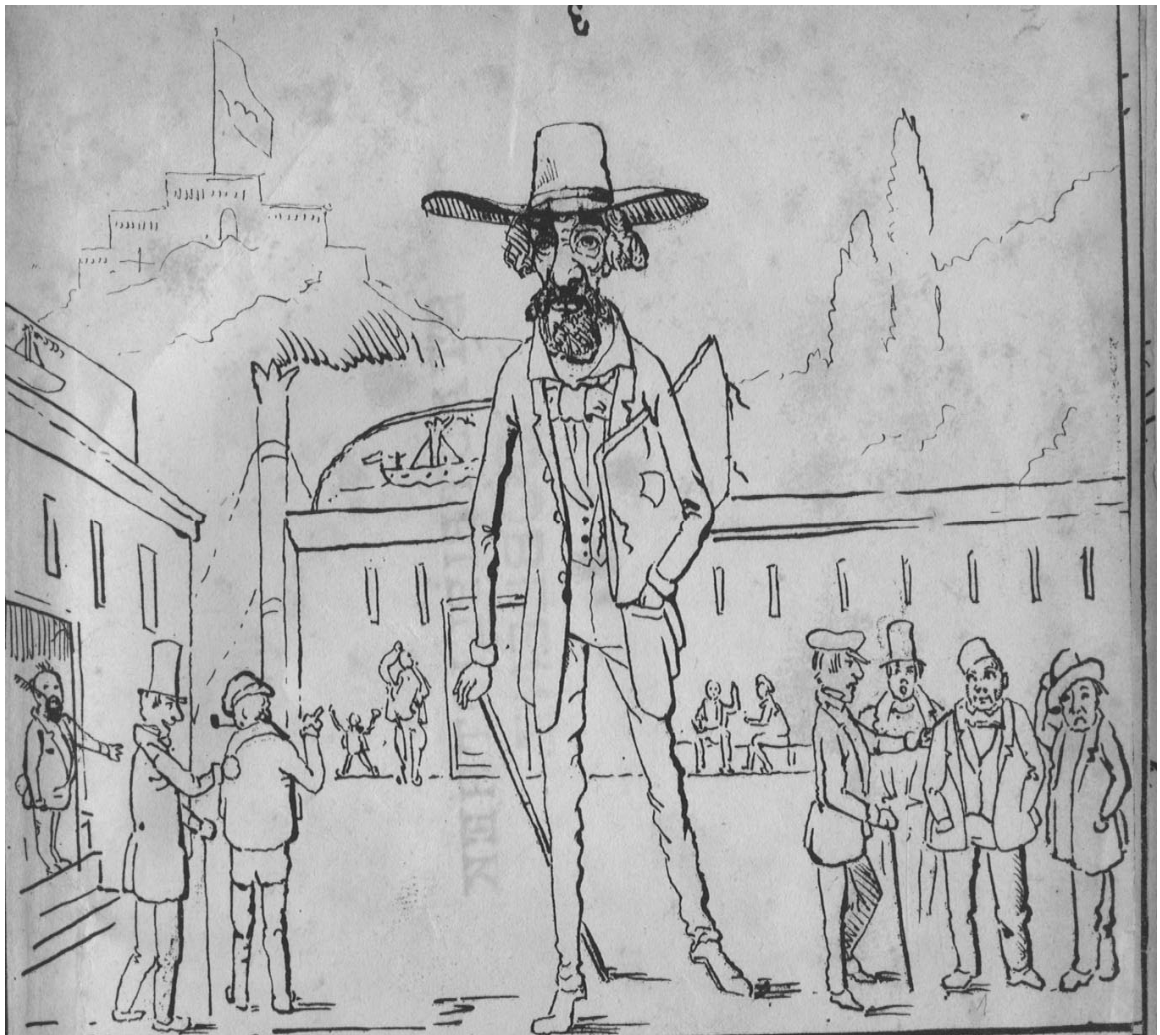
Obige Namen werden in bezeichneter Reihenfolge zur Wahl gebracht.

Bei dem unter Nr. 7 genannten Metzgermeister Andreas Krementz, Altlöhrtor, handelt es sich um den Vater des Kölner Erzbischofs und Kardinals Philipp Krementz, der 1868 zum ersten Koblenzer Ehrenbürger ernannt wird.

4.8 Boykott und Verweigerung. „Die Wahl zu Koblenz“, 17. Juli 1849

Sonderdruck aus der Rhein- und Mosel-Zeitung 1849, Nr. 170-186, mit Illustrationen. Bibliothek des Stadtarchivs, MAG 274. – Ehemaliger Gasthof „Zu den Drei Reichskronen“, Entenpfuhl 4, um 1900. StAK-FA 1 Entenpfuhl. – Saal im Gasthof „Zu den Drei Reichskronen“, um 1900. StAK-FA 3 Gebäude.

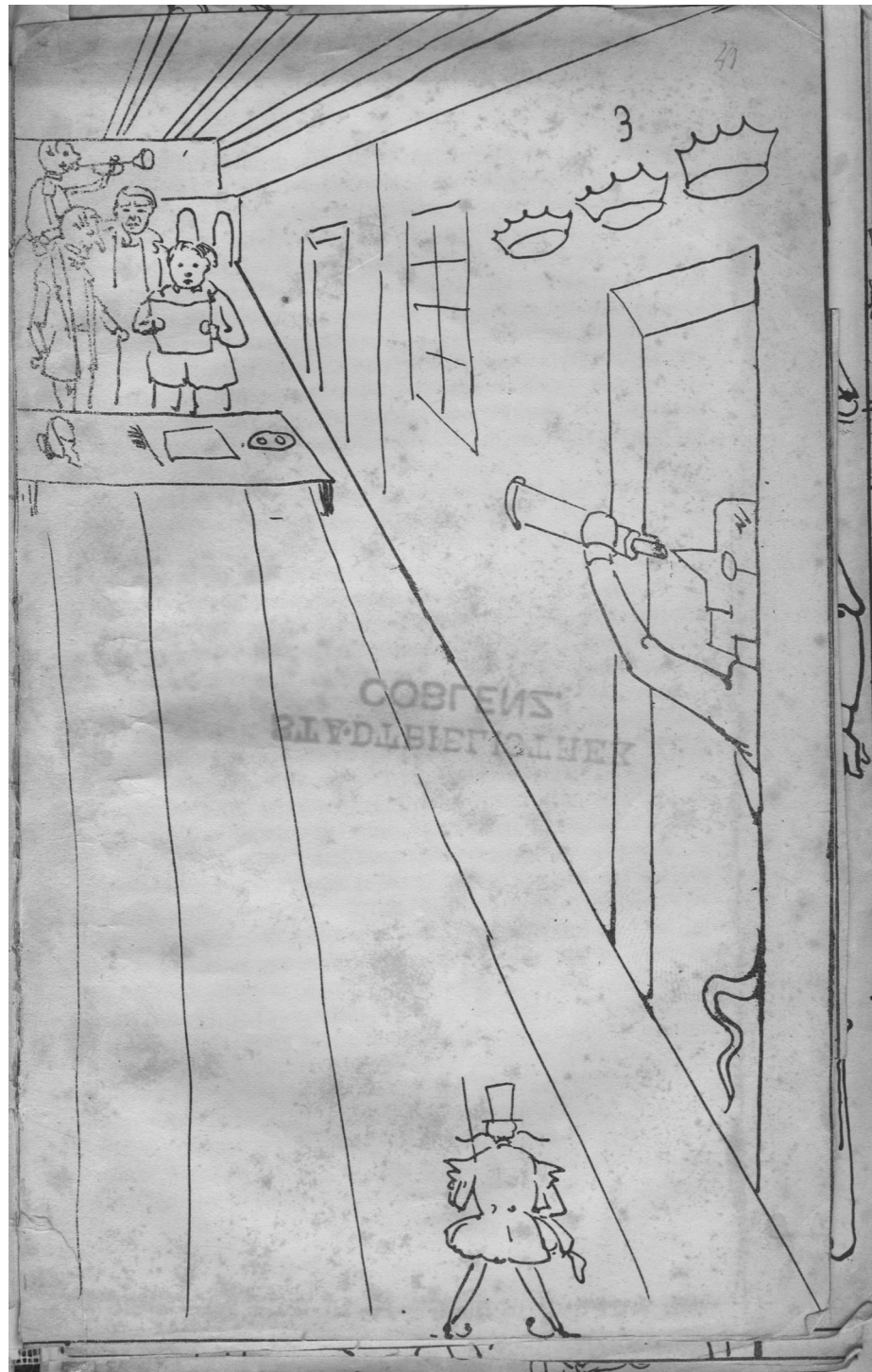
Am 30. Mai 1849 erläßt die Berliner Regierung ein neues Gesetz zur Wahl der Abgeordneten-kammer, mit dem das allgemeine und gleiche Wahlrecht abgeschafft und ein nach Steuerleistung abgestuftes Dreiklassenwahlrecht eingeführt wird. Dadurch soll endlich eine dem Ministerium genehme Zusammensetzung des Parlaments erreicht werden. In Koblenz rufen die Demokraten daraufhin zum Wahlboykott auf. Von 5607 Urwählern geben nur 409 ihre Stimme ab. Nach einer Meldung der Rhein- und Mosel-Zeitung gehen im 4. Wahlbezirk nur vier, im 7. Bezirk nur fünf Stimmberechtigte zur Wahlurne. In Moselweiß wählt niemand, in Kapellen erscheint lediglich der königliche Schloßkastellan im Wahllokal. Die „Wahl zu Koblenz“ wird weithin als konservative Regierungswahl verspottet, an der sich nur wenige „Gutgesinnte“ beteiligen. Eine beißende Satire auf die Wahl, vielleicht aus der Feder von Dr. Jonas Ahrweiler, einem führenden Demokraten, findet sich in Fortsetzungen in der Rhein- und Mosel-Zeitung von 1849. Zwei bekannte Figuren aus den zeitgenössischen „Fliegenden Blättern“, Baron Beisele und Hofrat Dr. Eisele, kommen am Vortag der Wahl nach Koblenz und werden von Baron von Halsbandsky (Oberstleutnant a. D. Ludwig von Esbeck) bei den „Gutgesinnten“, also den Konservativen, eingeführt, besuchen das Zivilkasino und tags darauf verschiedene nahezu verwaiste Wahllokale, um schließlich an einer Feier des „Wahlsieges“ teilzunehmen.



4.8.1 Szene am Rheinufer vor der Ankunft von Beiseles und Eiseles Dampfschiff. Der *Künstler mit Heckerhut und martialischem Barte* schreitet gemessen einher, noch unentschlossen, ob er für heute Heuler [Anhänger der Ordnungspartei] oder Demokrat sein soll. Im Vordergrund sammelte sich eine Gruppe von Demokraten; still betrachteten sich die Männer, nur selten eine Bemerkung machend, oder sahen in die Wellen des Vater Rheins, der, trübe vom Blute deutscher Brüder, zürnend seine Fluthen dahin wälzte. Vorn die beiden bekannten Demokraten Johann Anton Leroy (Zweiter von links, mit Zylinder) und Schickhausen (Zweiter von rechts).

4.8.2 Beisele und Eisele besuchen das Wahllokal des 6. Stimmbezirks im Gasthof „Zu den Drei Reichskronen“ im Entenpfuhl. Hier stellen sie mit Erstaunen fest, wie „hoch“ die Wahlbeteiligung ist: Dr. Eisele (mit Fernrohr) hat *seine Blicke auf die zwei Urwähler gerichtet, welche er noch anwesend gefunden hatte*. Auch das Ergebnis der Stimmenaushölung bezeugt die Wirksamkeit des Boykottaufrufs. Nachdem man noch *die angekommene Zettel dreier Landwehrmänner darzugerechnet, [...] hat sich darauf bewiesen, daß*
auf den Bürger Gottfried den Modenkrämer [Gottfried Fetzer] 5 Stimmen,
auf Niklas den Drechsler 3 Stimmen,
auf Gerig den Buchbinder 2 Stimmen,

*auf Conrad den Sattler [Konrad Haßlacher] 1 Stimme,
auf den Hauptmann von Haneck 1 Stimme,
auf den Hauptmann von Hannack 1 Stimme,
auf den Hauptmann von Hannock 1 Stimme
gefallen seynd.*



4.8.3 Nach ihrem Spaziergang durch die Stadt kehren Beisele und Eisele in ihren Gasthof zurück, wo die Siegesfeier der „Gutgesinnten“, meistens höhere Beamte und Offiziere der Garnison, be-

reits in vollem Gange ist. Die Bekanntschaften, welche unsere Reisenden im Laufe des letzten Tages gemacht hatten, und die Vorbereitungen, die von allen Seiten getroffen wurden, ließen ihnen keinen Zweifel, daß der große Sieg der Gutgesinnten hier nach echter deutscher Art durch reichliche Speis- und Trankopfer gefeiert werden solle, und in der That war bereits Küche und Keller in voller Thätigkeit, um zur Erquickung des Leibes und Stärkung des Geistes ihr Füllhorn über diejenigen auszugießen, die heute in der Furcht Gottes und des Königs ihre Bürgerpflichten mit so viel Eifer und Erfolg erfüllt hatten. Die gewonnene Wahl, darin sind sich alle Königstreuen einig, signalisiert besonders eins: Vor Allem aber muß Preußen an die Spitze von Deutschland gestellt und zu diesem Zwecke kein Mittel, kein Blut und kein Geld (mit Ausnahme unsers eigenen) geschont werden, um dies jedem wahren Preußen und jedem abtrünnigen Rheinländer so sehr am Herzen liegende Ziel zu erreichen.



5. Publizistik: Zeitungen und Flugblätter

5.1 Forderung nach Pressefreiheit

Artikel im Coblenzer Anzeiger vom 7.3.1848.

Uebersicht der Tagesereignisse.

Coblenz, 6. März.

Die Stadtverordneten hiesiger Stadt sind zusammengetreten, und haben eine Adresse an S[ein]e Maj[estät] den König beschlossen, welche bereits an ihre Bestimmung abgegangen ist, und worin folgende Bitten gestellt worden:

[...]

3) um unbeschränkte Preßfreiheit ohne Concession und ohne sonstige Belästigungen, – Aburtheilung der Preßvergehen durch Geschwornengerichte, –

[...]

Pressefreiheit und Abschaffung der staatlichen Zensur gehören zu den ältesten liberalen Forderungen. In der revolutionären Aufbruchstimmung des Frühjahrs 1848 nimmt es daher nicht wunder, daß sich auch der Koblenzer Gemeinderat mit diesem Thema befaßt. Bei der Zusammenkunft der Gemeinderäte handelt es sich jedoch keinesfalls um eine offizielle Sitzung, deren Niederschrift in den Protokollbänden eingetragen worden wäre. Da Oberbürgermeister Bachem die Einberufung des Gremiums unter Hinweis auf den § 61 der Rheinischen Gemeindeordnung von 1845 ablehnt, der die Erörterung von Fragen „politischen Inhalts“ durch die Gemeindevertretung untersagt, trägt die Versammlung mehr oder weniger privaten Charakter, ein Umstand, der aus dem Artikel im „Coblenzer Anzeiger“ so eindeutig nicht hervorgeht.

5.2 Koblenzer Zeitungen 1848/49

Der Vielfalt der verschiedenen politischen Strömungen, Vereine und Gruppen entspricht das Spektrum der in Koblenz erscheinenden Zeitungen.

5.2.1 Koblenzer/Coblenzer Anzeiger

Erscheint von 1816 bis 1849. Druck: Geschwister Krabben, Rheinstraße. Seit 1829 zeichnet Caspar Doetsch als Redakteur verantwortlich. Erscheint dreimal wöchentlich.

Der „Anzeiger“ läßt sich 1848 von der allgemeinen Revolutionsbegeisterung anstecken, steuert aber dann später wieder einen gemäßigten Kurs.

5.2.2 Rhein- und Mosel-Zeitung

Erscheint von 1831 bis 1850. Druck und Verlag: 1831 bis 1833 B. Heriot und Witwe Heriot, 1834 bis 1850 Friedrich Hergt. Redaktion: Ludwig Braunfels (1833-1838), Franz Gabriel Drimborn (1834-1837), H. J. Schaltenbrand (1838), Dr. Melzer (1843), Dr. Neurohr (1845), Dr. Rottels (1848).

Zunächst gemäßigt-liberal, schlägt die Zeitung in den späten 1830er und während der 1840er Jahre mal einen regierungsfreundlichen, dann wiederum einen katholisch-ultramontanen Kurs ein. 1850 stellt das Blatt wegen finanzieller Schwierigkeiten des Verlegers Hergt sein Erscheinen ein.

5.2.3 Katholisches Kirchen- und Volksblatt

Erscheint von 1848 bis 1850. Druck und Redaktion: Josef Hildenbrandt, Entenpfuhl 12. Erscheint

donnerstags und sonntags.

Mit aktiver Förderung durch die Pfarrgeistlichkeit und prominente Laien kämpft die Zeitung publizistisch für die katholisch-ultramontane Sache, da sich die Rhein- und Mosel-Zeitung als unzuverlässig erweist. Ein bekannter Protektor ist Pfarrer Philipp Krementz von St. Kastor. Durch Entzug des Rechts zum Postvertrieb wird das Unternehmen unrentabel und geht ein.

5.2.4 Coblenzer Tageblatt (mit Fremdenanzeiger, Untertitel bis Ende 1848)

Erscheint 1847 bis 1850. Druck und Verlag: Johann Wilhelm Mainzer, Kornfortstraße.

Das „Tageblatt“ ist das Sprachrohr der Koblenzer Demokraten. Mit beißendem Spott und rheinischem Humor kommentiert es die Ereignisse in Koblenz. Verleger Mainzer wird im November 1850 wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Haft verurteilt, seine Druckerpresse wird beschlagnahmt.

5.2.5 Die Leuchtkugeln aus dem Lager der socialen Demokratie

Erscheint 1849. Verlag und Redaktion: Eduard Crell-Casano, Casinostraße; Druck: Johann Wilhelm Mainzer, Kornfortstraße.

Die nur in zwei Nummern nachgewiesene Zeitung repräsentiert den äußersten linken Rand des politischen Spektrums. Der Redakteur, von Beruf Schauspieler, desertiert 1839 nach Frankreich und ist wohl in Paris eine zeitlang als Redakteur tätig. Mit der Verhaftung des Druckers Mainzer im Herbst 1849 ist wohl auch das Schicksal der „Leuchtkugeln“ besiegelt.

5.2.6 Der Plan vom Frühjahr 1849, ein preußenfreundliches Blatt zu gründen, schlägt fehl. Ein F. Cossmann bittet mehrfach Oberpräsident Eichmann um finanzielle Unterstützung für ein Zeitungsprojekt **Koblenzer Bürgerblatt für constitutionelle Monarchie, Wahrheit und Recht**, mit dem *die Preußen feindliche Tendenz der Rhein- und Moselzeitung eben so entschieden, wie das republicanische u. communistische Treiben des hiesigen Tageblattes* bekämpft werden soll. Buchdrucker Kehr, bei dem das Blatt erscheinen soll, veranschlagt die Kosten auf 2500 Taler für das erste Jahr und danach jährlich 1000 Taler. So hohe Kosten könnten unmöglich, wie Eichmann es vorgeschlagen habe, ohne staatliche Beteiligung an der geplanten Aktiengesellschaft aufgebracht werden. Caspar Doetsch, dem Cossmann eine Mitherausgeberschaft anträgt für den Fall, daß die von Doetsch beabsichtigte Erweiterung des „Coblenzer Anzeigers“ zu einem *politischen Blatt* im Sinne von Cossmann stattfindet, lehnt aus Angst vor dem Verlust demokratisch gesinnter Abonnenten ab (LHAK 403 Nr. 7172, S. 51-53).

5.3 Vom freien deutschen Rhein zum Kartätschenprinz, oder: Metamorphosen einer „Nationalhymne“. Nikolaus Beckers Rheinlied 1840-1850

5.3.1 Nikolaus Becker: Der deutsche Rhein

Druck: Deutschland, Deutschland. Politische Gedichte vom Vormärz bis zur Gegenwart. Ausgewählt u. hrsg. von *Helmut Lamprecht*. Bremen 1969, S. 34-35.

*Sie sollen ihn nicht haben,
den freien deutschen Rhein,
ob sie wie gier'ge Raben
sich heiser danach schrein;*

*Solange er ruhig wallend
sein grünes Kleid noch trägt,*

*solang ein Ruder schallend
in seine Woge schlägt.*

*Sie sollen ihn nicht haben,
den freien deutschen Rhein,
solang sich Herzen laben*

an seinem Feuerwein;

*Solang in seinem Strome
noch fest die Felsen stehn,
solang sich hohe Dome
in seinem Spiegel sehn.*

*Sie sollen ihn nicht haben,
den freien deutschen Rhein,
solang dort kühne Knaben
um schlanke Dirnen frei'n;*

*Solang die Flosse hebet
ein Fisch auf seinem Grund,
solang ein Lied noch lebet
in seiner Sänger Mund.*

*Sie sollen ihn nicht haben,
den freien deutschen Rhein,
bis seine Flut begraben
des letzten Manns Gebein!*

Im Londoner Vertrag vom 15. Juli 1840 einigen sich England, Rußland, Österreich und Preußen über Frankreichs Kopf hinweg auf eine Regelung der wiederaufgeflammtten orientalischen Frage, indem sie die Erhaltung des Osmanischen Reiches zum obersten Ziel ihrer Politik erklären. In Frankreich schlägt die Verstimmung über dieses „diplomatische Waterloo“ in eine rasch wachsende Kriegsstimmung um, die sich gegen die Friedensverträge von 1815, gegen England und – in erster Linie – gegen die deutschen Großmächte richtet. Das Kabinett von Adolphe Thiers trifft Kriegsvorbereitungen; Paris wird befestigt. Die nahezu einmütige Reaktion in Deutschland zeugt von einem Vordringen nationaler Stimmungen auch in liberale Schichten und in die Kreise der jungdeutschen Bewegung, die bis dahin in Frankreich die „Vormacht der liberalen Weltideen“ sahen, so daß den Ereignissen des Jahres 1840 für die Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins eine epochale Bedeutung zukommt. Das Echo auf das „Rheinlied“ des Geilenkirchener Gerichtsschreibers Nikolaus Becker belegt die nunmehr national und antifranzösisch ausgerichtete Grundhaltung des rheinischen Bürgertums, auch wenn vereinzelte Stimmen die politische Naivität des Textes und die sich anschließende „Rheinlieds-Epidemie“ (Karl Gutzkow) kritisieren. Max Schneckenburgers „Wacht am Rhein“ und letztendlich auch August Heinrich Hoffmann von Fallerslebens „Lied der Deutschen“ von 1841 sind Kinder der Beckerschen Verse.

5.3.2 „Jüngst und jetzt“

Anonymes Flugblatt, Mai 1844. Ex. in LHAK 403 Nr. 6578, Bl. 8-10. Druck: *Karl Georg Faber*: Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution. Probleme der rheinischen Geschichte von 1814 bis 1848 im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik. Wiesbaden 1966, S. 446.

*Jüngst sangen blöde Knaben
In tausend Melodei'n:
„Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien, deutschen Rhein.“
Jetzt ist die Glut erloschen,
Kein Leierkasten-Mann
Verdient mehr einen Groschen,
Stimmt er das Rheinlied an.*

*Jüngst als den Stein man legte,
Zum Dom in Köln am Rhein,
Man froh die Hoffnung hegte:
ein glücklich Volk zu sein.*

*Jetzt ist der Traum verschwunden,
Es war ein Possenspiel
Von wenig kurzen Stunden;
Wir sind noch nicht am Ziel.*

*Jüngst gab von weiser Milde
Man eine kleine Spur,
Hob auf von jedem Bilde
Die lästige Zensur;
Jetzt nimmt man uns auf's Neue
Die kleine Freiheit fort,
Das ist die Heil'ge Treue*

Von eines Königs Wort.

*Jüngst schien die Bahn gebrochen
 Dem glücklichen Geschlecht;
 Es wurde viel gesprochen
 Von Fortschritt, Freiheit, Recht.
 Jetzt schärfet man die Zügel,
 Und für den süßen Wahn
 Droht das Gesetz den Prügel
 Bald jedem Untertan.*

*Jüngst – nein! es ist seit Jahren,
 Daß uns der Bundestag,
 Die Freiheit zu bewahren,
 Vor Gott und Mensch versprach.
 Jetzt soll uns nicht ersprießen
 Der Menschheit höchstes Gut,
 So mag denn dafür fließen
 Noch einmal unser Blut.*

Das Gedicht wird im Mai 1844 von Bonn und Köln aus an Beamte und Privatpersonen verschickt. Trotz intensiver Nachforschungen gelingt es nicht, die Urheber zu ermitteln, die im linksdemokratischen Milieu zu vermuten sind. Die Verbitterung über den preußischen Obrigkeitsstaat, dem das Ideal der Freiheit und des Rechts gegenübergestellt wird, bricht sich Bahn mit Seitenhieben auf die national verblendeten „blöden Knaben“, die in antifranzösischer Stimmung 1840 Nikolaus Beckers Rheinlied angestimmt haben. Unmittelbarer Anlaß dürften das Verbot der in Köln erscheinenden „Rheinischen Zeitung“ im Frühjahr 1843, die diskriminierenden Strafbestimmungen im damals bekanntgewordenen Entwurf des preußischen Strafgesetzbuches und die ablehnende Haltung Friedrich Wilhelms IV. zu den wiederholt geäußerten Verfassungswünschen des Rheinischen Provinziallandtags gewesen sein. Der Text spielt auf das Kölner Dombaufest vom 4. September 1842 und die in dessen Gefolge verfügte vorübergehende Lockerung der Zensur an, Ereignisse, die nach den Kölner Wirren der Jahre 1837 bis 1839 gerade durch die katalytische Wirkung der allgemeinen anti-französischen Stimmung des Jahres 1840 eine vorübergehende Annäherung des preußischen Staates und seiner katholischen, liberalen und demokratischen Gegner zu bewerkstelligen scheinen.

5.3.3. Rheinischer Protest

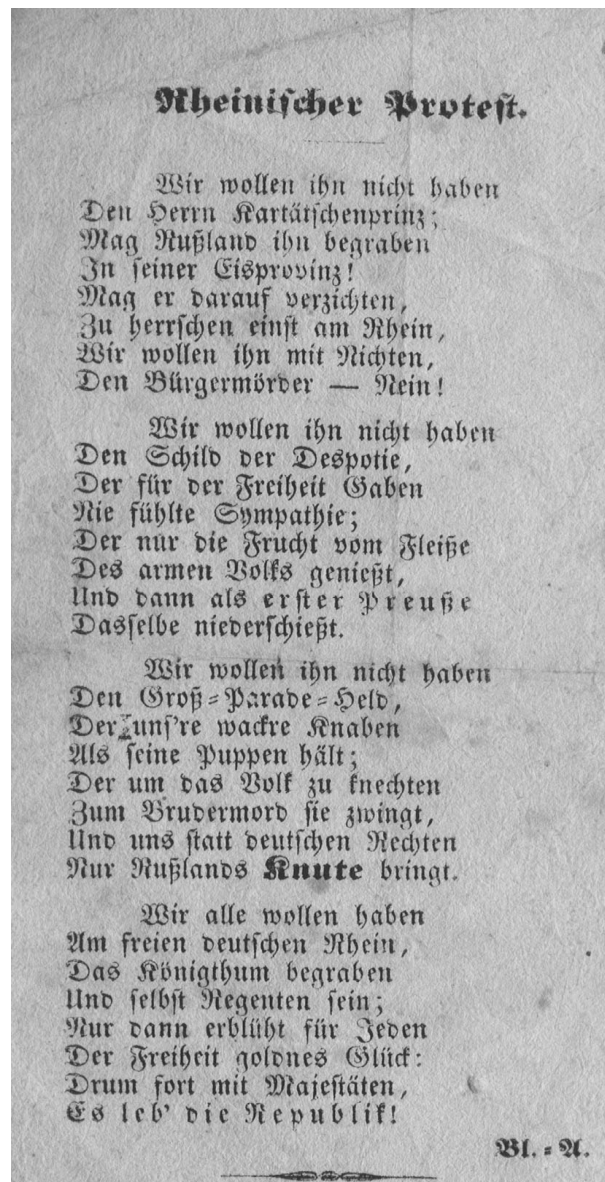
Anonymes Flugblatt (signiert: Bl.-A.), 1850. Ex. in StAK KH 127.

*Wir wollen ihn nicht haben
 Den Herrn Kartätschenprinz;
 Mag Rußland ihn begraben
 In seiner Eisprovinz!
 Mag er darauf verzichten,
 Zu herrschen einst am Rhein,
 Wir wollen ihn mit Nichten,
 Den Bürgermörder – Nein!*

*Wir wollen ihn nicht haben
 Den Groß=Parade=Held,
 Der Uns're wackre Knaben
 Als seine Puppen hält;
 Der um das Volk zu knechten
 Zum Brudermord sie zwingt,
 Und uns statt deutschen Rechten
 Nur Rußlands **Knute** bringt.*

*Wir wollen ihn nicht haben
 Den Schild der Despotie,
 Der für der Freiheit Gaben
 Nie fühlte Sympathie;
 Der nur die Frucht vom Fleiße
 Des armen Volks genießt,
 Und dann als erster Preuße
 Dasselbe niederschießt.*

*Wir alle wollen haben
 Am freien deutschen Rhein,
 Das Königthum begraben
 Und selbst Regenten sein;
 Nur dann erblüht für Jeden
 Der Freiheit goldnes Glück:
 Drum fort mit Majestäten,
 Es leb' die Republik!*



Von 1849 bis 1857 residiert Prinz Wilhelm von Preußen (1797-1888), der spätere König und Kaiser Wilhelm I., als Militärgouverneur der Rheinprovinz und Westfalens im Koblenzer Schloß. Er muß wegen der versuchten Niederschlagung des Berliner Märzauflandes 1848 als „Kartätschenprinz“ kurzfristig nach England fliehen und wird daraufhin nach der Schilderung des Sektfabrikanten August Deinhard auf dem Florinsmarkt *mit samt seiner Brut abgesetzt und auf ewig verbannt*. Im Sommer 1849 schlagen Reichstruppen und preußisches Militär unter seinem Kommando die Aufstände in der Pfalz und in Baden nieder. Wilhelm gilt als Hüter von Offiziersinteressen und ist der „Liebling der Armee“. Obwohl nicht gesichert ist, daß der „Rheinische Protest“ in Koblenz entstand, gibt der Text des Flugblatts doch sicherlich ein zutreffendes Bild der Stimmung eines großen Theils der hiesigen Bevölkerung wieder. Erst unter dem Einfluß seiner liberal gesinnten Gattin Augusta von Sachsen-Weimar (1811-1890), der nachmaligen Kaiserin Augusta, schlägt Wilhelm nach 1850 einen mehr auf Ausgleich bedachten Kurs ein, so daß die Koblenzer Hofgesellschaft in Berliner Regierungskreisen schließlich als „Hort der Opposition“ angesehen wird.

5.4 „Wie der Prinz von Preußen die Roten bezwang“ – der Sieg der Reaktion

5.4.1 Die Fuchsjagd. Volkslied. Melodie: Wohl auf, Kameraden, auf's Pferd, auf's Pferd etc.

Anonymes Flugblatt, wohl Ende 1849. Ex. in StAK KH 127.

*Was wogt dorthier die brausende Schaar
Im blinkenden Schmucke der Krieger,
Umschwebt von dem dunkeln Königsaar?
Das sind die Preußischen Sieger,
Das ist der Zollern Schlachtpanier,
Jahrhunderte lang schon Deutschlands Zier.*

*Wer ist die herrliche Reitergestalt
An des eisernen Zuges Spitze?
Das ist des Fürsten hehre Gewalt,
Des Thrones Erbe und Stütze,
Der Prinz von Preußen, der tapfere Held,
Er selbst führt seine Mannen in 's Feld.*

*Und ob ihn auch rings die Mörder umdräu'n,
Dem tückischen Feinde zum Trutze
Zieht muthig er hin mit seinen Getreu'n,
Sie ziehen im göttlichen Schutze,
Bereit zu vergießen das lautere Blut
Für die deutsche Freiheit mit Todesmuth.*

*Sie ziehen dahin, daß Sitte und Recht
Nicht sterbe in deutschen Landen,
Daß der Deutsche nicht werd' ein*

[Banditenknecht

*In des blutigen Wahnsinns Banden.
Nie hob der Preuße zerschmetternd den Arm
Gerechter und gegen verruchteren Schwarm.*

*Die gedacht zu erbau'n den Babel'schen Thurm
In gottvergessenem Muthe
Und so oft großprahlend sich verschwur'n,
Zu stehen mit Gut und Blute.
Wo der Strauch nicht deckte auf freiem Revier,
Ergriffen die meisten das Hasenpanier.*

*Da wimmelt's bald auf dem weiten Plan
Von entspringenden rothen Füchsen,
Daß kaum sie erreicht der Husar und Ulan
Und die flink nachfeuernden Büchsen.
Souveräne Blousen bedecken die Spur
Und Hecker-Hüt' auf der ganzen Flur.*

*Und von dieser Tragikomödia
Und demokratischen Jagen,
Das mächtig vollführte Borussia
Wird spät der Enkel noch sagen.
Hurrah! wird's schallen im Hochgesang,
Wie der Prinz von Preußen die Rothen bezwang.*

Das Spottgedicht, das sinnigerweise als „Volkslied“ daherkommt, stellt die gewaltsame Niederschlagung des pfälzischen und badischen Aufstandes als Jagdszene dar, in der die Revolutionäre die chancenlosen „roten Füchse“ abgeben, die in kopfloser Flucht das „Hasenpanier ergreifen“. Der Sieg der prinzlichen Jagdgesellschaft ist vollständig, so daß am Schluß „souveräne Blousen“ und „Hecker-Hüte“, symbolträchtige Kleidungsstücke der Aufständischen, in Massen die Walstatt bedecken und Preußens Kriegsruhm weiter mehren.

5.4.2 Gott mit uns! Preußenruf

Handschriftliche Wiedergabe eines Liedtextes, 15. October 1849 im Coblenzer Civil-Kasino gedruckt herumgereicht und gesungen nach der Melodie: Heil dir im Siegerkranz. Verf[asser]: v. Wussow, General. StAK KH 127.

*Gott mit uns! Preußenruf,
Königsruf, Volkesruf,
der nie vergeht;
Sey mit dem Könige,
König der Könige,
Ist das volltönige
Preußengebet!*

*Sey mit Ihm, wandelt schwer
durch diese Furchen Er
des Säemanns Pfad!
Gieb überfließenden,
Segen der spießenden
Blüthen erschließenden
Reifenden Saat!*

*Sey mit ihm, wenn zum Streit
Wen[n] in der großen Zeit,
Sein Ruf uns schaart!
Vätern Gelungenes,
Ruhmvoll Errungenes –
Wahren wir Jungen es
Zu alter Art!*

*Sey mit Ihm, sey mit uns,
Im Frieden sey mit uns,
Sey es im Krieg!
Solch' ein Verbündeter –
Großes nur gründet Er,
Herrlich verkündet Er
Seegen und Sieg!*

Am 15. Oktober 1849 findet anlässlich des Geburtstags König Friedrich Wilhelms IV. eine Festveranstaltung im Casino statt. Das aus diesem Anlaß gedruckte „Liederheft“ enthält neben einem musikalischen Gruß mit dem Titel „Der Königin“ die obigen Zeilen aus der Feder des Generalmajors Philipp Johann Georg von Wussow (1792-1870), der von 1848 bis 1850 Erster Kommandant von Koblenz und Ehrenbreitstein ist. Noch ein Jahr zuvor, am 15. Oktober 1848, hatte nur ein kleiner Teil des Schülerchors das „Heil dir im Siegerkranz“ bei einer Feier zum Königs-Geburtstag mitgesungen. Nach der Erinnerung des damaligen Schülers und späteren Progymnasialdirektors a. D., Professor Dr. Josef Kuhl, handelte es sich dabei um „eine winzige Zahl, die Söhne von Offizieren und höheren Beamten“. Der Text von Wussows hingegen bezeugt, daß sich die reaktionären Kräfte im Herbst 1849 ihres Sieges gewiß sind und dieses Siegesbewußtsein auch öffentlich bekunden.

5.5 Bertha Augusti: Ein verhängnisvolles Jahr. Roman

Der 1879 erschienene sozialkritische Roman spielt in einer rheinischen Stadt des Jahres 1848. Im Mittelpunkt steht die Figur eines hoffnungsvollen jungen Juristen, Otto genannt, der sich bei Ausbruch der Revolution auf die Seite der Demokraten schlägt. Dadurch überwirft er sich mit seiner Familie; die Verlobung mit einer Fabrikantentochter geht in die Brüche. Otto und ein befreundeter Redakteur beteiligen sich im März 1848 an Barrikadenkämpfen in der gedachten rheinischen Stadt und müssen nach der Niederschlagung der Unruhen fliehen. Als Otto die Erstürmung einer Fabrikantenvilla durch Demokraten verhindern will, wird er von seinem Jugendfreund, der jetzt Offizier ist, niedergeschlagen und stirbt an den Folgen seiner Verletzungen.

Bertha Schoeler wird am 2. Juni 1827 in Köln geboren. Am 31. Juli 1849 heiratet sie den Landgerichtsassessor Karl Wilhelm Augusti und siedelt mit ihm nach Koblenz über. Nach dem Tod ihres Mannes im Jahr 1858 findet sie zur Schriftstellerei. Über ihre Schwester Caroline lernt sie Jenny Marx, die Frau von Karl Marx, kennen. Die Kontakte werden so eng, daß Karl Marx mit seiner Familie im August 1877 Bertha Augusti und ihre Schwester in Koblenz besucht. Nach der Fertigstellung des Romans und einer ersten Veröffentlichung in der „Kölnischen Zeitung“ schickt die Autorin Marx ein Exemplar nach London, der sich in einem Brief an sie sehr lobend über das Werk äußert. Am 12. Dezember 1886 stirbt Bertha Augusti in Koblenz an Herzlähmung.

Bertha Augusti: Ein verhängnisvolles Jahr. Roman in zwei Teilen. Neu hrsg., eingeleitet u. kom-

mentiert von *Heinz Monz*. Koblenz 1989 (Koblenzer Beiträge zur Geschichte und Kultur).



6. Achtundvierziger nach Amerika

Deutschland, das in seiner Geschichte oft fremden Flüchtlingen Aufnahme bietet, zwingt im 19. Jahrhundert viele seiner Einwohner zur Flucht und Auswanderung. Dies gilt insbesondere für die politischen Flüchtlinge von 1848/49, die überwiegend die USA, aber auch das europäische Ausland zu ihrer neuen Heimat wählen.

6.1 Revolution und Auswanderung

6.1.1 Artikel aus der Zeitung „Die Leuchtkugeln aus dem Lager der socialen Demokratie“, Nr. 2 vom 10.5.1849. Ex. in LHAK 403 Nr. 7172, S. 73-76, hier S. 75.

[...] Wenn wir aber auf der einen Seite gegen die Tyrannei nach Oben zu klagen haben, so müssen wir andererseits den starken Egoismus tadeln, der nur das eigene Wohl im Auge behält, unbekümmert um das Ganze. Sind denn bei den Deutschen Vaterlandsliebe und Gemeinsinn so tief gesunken? – Es ist immer Feigheit, nur sein liebes Ich zu schirmen, und den Boden zu verlassen, der unsere Wiege trug und die Asche unserer Väter birgt, blos weil es sich nicht so ganz behaglich auf ihm hausen läßt, und es überdies in einem Augenblicke, wo die Heimath vielleicht bald wieder Arme bedarf, um sie gegen Vaterlandsverräther zu sichern. – Ein braver Deutscher hält aus, bis es besser wird, und das soll wahrlich nicht fehlen, wenn wir nur einig bleiben, oder vielmehr einig werden.

Der Autor setzt sich kritisch mit der Auswanderung auseinander, indem er diejenigen tadelt, die diesen vermeintlich leichten Weg um ihres persönlichen Vorteils willen wählen. Gerade im Frühjahr 1849, als das Scheitern der Revolution für viele absehbar ist, wächst die Zahl der Auswanderungswilligen kräftig an. Daß den Autor starke Zweifel plagten, ob seine Aufforderung zum Bleiben und zur weiteren Unterstützung der Revolution wirklich fruchtet, bezeugt der Nachsatz, mit dem er zu erkennen gibt, daß auch ihm die starke Zersplitterung der oppositionellen Gruppen bewußt ist. Die geforderte Einigkeit müßte erst noch hergestellt werden, ist aber zu diesem späten Zeitpunkt nicht mehr zu erreichen.

6.1.2 Aufruf an Auswanderungslustige. Artikel im Coblenzer Tageblatt vom 11.2.1849.

Aufruf an Auswanderungslustige!

Alle Diejenigen, welche nicht Lust haben, die politischen Freiheiten in dem Sinne, wie sie die bewaffnete Reaktion oder die rothe Monarchie verstehen, zu genießen, welche ihre Existenz unter deren Aegide nicht blos deßhalb in dem Vaterlande fristen wollen, um einem die Völker zu Grunde richtenden Regierungssystem die Steuern zu zahlen, wollen sich Behuf einer Ansiedlung in den vereinigten Staaten Amerikas, sofern sie die Mittel zur Auswanderung besitzen zu einer Besprechung auf Montag den 12. d[ieses] M[onats] Abends 6 Uhr im Lokale des Herren Laupus eine Treppe hoch efinden.

Im Namen Vieler,

ein Freund der Arbeit und der Freiheit.

6.1.3 Ed. Schulte: Der Auswanderer. In: Beilage zum Coblenzer Tageblatt vom 11.3.1849. Auszug (letzte Strophe).

[...]

*Ja, fallen soll die schnöde Räuberhorde,
Die mich gebracht an diesen Bettelstab,
Und, schadenfroh zum stillen – Bürgermorde,
Dem Hungertod' mich hin zur Beute gab!
Mein heißer Schwur wird in Erfüllung gehen! –
Die neue Zukunft winkt so rettend nah',
Das Segel schwillt, die frischen Winde wehen!
Fort, fort von hier! Nach Nord-Amerika!*

Im Gegensatz zu dem Artikel in den „Leuchtkugeln“, der zum Ausharren auch unter widrigen politisch-sozialen Verhältnissen auffordert, stellen die beiden letzten Beispiele die Auswanderung nach Amerika als Alternative zu einem unwürdigen Leben in Deutschland dar.

6.2 Flucht in die Schweiz

Anzeige im Coblenzer Tageblatt vom 1.8.1849.

Aufruf!

Tausende unserer Brüder, worunter Turner aus allen Gauen Deutschlands, sind in diesem Augenblicke in der Schweiz ohne Mittel, ohne Arbeit. Es wäre eine Schande für das deutsche Volk und besonders für die deutschen Turner, wenn sie den Schweizern allein die Sorge für die Erhaltung dieser Braven überließe, deren Verbrechen ihr Glauben an ein deutsches Volk war. Wer jemals mit ihnen irrte, wer für ein solches Irren Verzeihung erkennt, wird das Loos der Geächteten zu mildern bereit sein. Der „Coblenzer Turnverein“ läßt zu diesem Behufe, laut Beschluß seiner Sitzung vom 28. Juli eine Subscriptionsliste circuliren. Die Turner, Mithalter, Bürger und Bürgerinnen von Coblenz und Umgebung werden, wir sind davon überzeugt, ihre Pflicht thun. Auswärtige und Diejenigen, denen die Liste durch Versehen nicht zugestellt werden sollte, bitten wir, gegen Schein, ihre milden Gaben an den Kassirer des „Coblenzer Turnvereins“, Fleischer Lang, Gemüßmarkt zu adressiren.

Coblenz, den 30. Juli 1849.

Der Vorstand

des „Coblenzer Turn-Vereins“.

Viele Revolutionäre fliehen nach dem Scheitern der Aufstände in der Pfalz und in Baden in die benachbarte Schweiz. Um ihre materielle Not zu lindern, ergehen etliche Spendenaufrufe zu ihrer Unterstützung. Diese Anzeige ist ein früher Beleg für die Existenz eines Koblenzer Turnvereins, wobei allerdings nicht sicher ist, ob er mit der schon im Juli 1848 nachweisbaren Gesellschaft identisch oder eine Neugründung vom Juli 1849 ist. Dem Vorstand gehört auch Eduard Crell-Casano an, Herausgeber der Zeitung „Die Leuchtkugeln“ und radikaler Demokrat. Schon im Oktober 1849 wird der Turnverein von der Regierung verboten, weil er mit der Hanauer Turnervereinigung in Kontakt steht, die an der Aufstandsbewegung in Süddeutschland unmittelbar beteiligt ist. Ob dies auch für Mitglieder des Koblenzer Turnvereins gilt, ist nicht geklärt, obwohl verschiedentlich geäußert wird, man wolle die Erhebungen in Elberfeld und in der Pfalz aktiv unterstützen.

6.3 Von Koblenz nach Amerika: Achtundvierziger in der Neuen Welt

Dr. med. Carl D'Ester

(Vallendar 4.11.1813 – 18.6.1859 Châtel-St. Denis/Schweiz), Arzt und Publizist

Nach Medizinstudium in Bonn und Heidelberg ab 1838 städtischer Armenarzt in Köln, wo er Karl Marx und Friedrich Engels kennenlernt. Im Mai 1848 Wahl zum Mitglied der Preußischen Nationalversammlung und Übersiedlung nach Berlin. 1849 Flucht in die Schweiz. Zur Vollstreckung des angeblich gegen ihn verhängten Todesurteils kommt es nur deshalb nicht, weil die Schweizer Behörden die von Preußen geforderte Auslieferung verweigern.

Die Gebrüder Hexamer

Um 1850 fliehen die Brüder mit Franz Sigel, einem der führenden badischen Aufständischen, zunächst in die Schweiz und von dort weiter in die USA.

Dr. med. Adolf Hexamer (Koblenz 10.1.1824 – 20.1.1859 New York)

1842-1846 Studium der Medizin in Heidelberg. Wirkt während der Revolution 1848 in Berlin als „Schatzmeister der Demokratie Deutschlands“. Adolf Hexamer ist vermutlich Mitautor der von Adolf Carl (Streckfuß) herausgegebenen Hefte: Die Staatsumwälzungen der Jahre 1847 und 1848, romantisch dargestellt. Berlin 1848.

Wilhelm Hexamer (Koblenz 11.4.1825 – 25.4.1870 Hoboken, New Jersey)

1842-1844 Studium der Mineralogie in Heidelberg. Teilnehmer am badischen Aufstand unter Franz Sigel. Läßt sich nach seiner Flucht in Hoboken nieder und betreibt zunächst eine Reitschule. Heiratet vor 1859 eine Tochter des 1850 ebenfalls in die USA emigrierten Bürgermeisters von Achern (Baden), Franz Josef Peter. Während des amerikanischen Bürgerkrieges Batterieführer. Lebt zuletzt als Ingenieur und Stadtgeometer in Hoboken.

Ernst Hexamer (Koblenz 29.5.1827 – 3.12.1912 Philadelphia [?])

Studium am Karlsruher Polytechnikum, Ingenieur. Teilnehmer am badischen Aufstand unter Franz Sigel. Verheiratet mit Marie Klingel. Organisiert bei Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges die „A-Battery“, die als „Hexamer's Battery“ berühmt wird.

Gustav Adolf Buschbeck (Koblenz 23.3.1820 – 26.5.1883 Florenz)

Leutnant im Infanterie-Regiment Nr. 39, stationiert in Luxemburg. In Abwesenheit von Buschbeck wird am 8. August 1848 in Düsseldorf ein Prozeß gegen ihn wegen „unerlaubten Entfernens von der Truppe“ eröffnet. Er flieht in die USA, wo er 1853 in Philadelphia nachweisbar ist. Als Freiwilliger der Nordstaatenarmee führt er zuletzt als Oberstleutnant das 27. Pennsylvania-Regiment. In Philadelphia heiratet er Agnes Horner, Tochter von Dr. William E. Horner, Professor für Anatomie an der Universität von Pennsylvania. Buschbeck stirbt am 26.5.1883 während einer Italienreise und wird in Florenz auf dem Cimitero agli Allori beigesetzt.

Peter Joseph Osterhaus (Koblenz 4.1.1823 – 2.1.1917 Duisburg)

1845 geht Osterhaus als Kaufmann nach Mannheim. Zusammen mit Lorenz Brentano, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, übernimmt er im Dezember 1848 die Mannheimer Bürgerwehr, ab Ende Mai 1849 ist er deren alleiniger Kommandant. Zwei Tage vor dem Einmarsch der Reichsarmee in Mannheim, am 20. Juni, legt er dieses Amt nieder. Zusammen mit den Schwiegersöhnen Friedrich Heckers, Karl Eisenhardt und Dr. Heinrich Tiedemann, flieht Osterhaus über Paris in die USA und läßt sich in Belleville, Illinois, nieder. 1850 wird er vom Mannheimer Hofgericht wegen Hochverrats zu vier Jahren Haft verurteilt, 1857 aber im Zuge einer allgemeinen Amnestie begnadigt.

Bei Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges meldet sich Osterhaus als Freiwilliger zur Nordstaatenarmee und steigt rasch bis in die höchsten Ränge auf (1864 Generalmajor). 1865/66 ist der Militärgouverneur des Staates Mississippi. Von 1866 bis 1877 residiert er als amerikanischer Konsul in Lyon. 1883 geht er als Direktor der „American Rubber Company“ nach Mannheim. 1900 quittiert er endgültig den diplomatischen Dienst für die Vereinigten Staaten und zieht sich ins Privatleben zurück.

1904 bricht Osterhaus zu einer USA-Reise auf, um seine Ernennung zum Brigadegeneral der regulären US-Armee zu erreichen. Sein auf wenige Monate berechneter Aufenthalt dehnt sich fast auf ein Jahr aus. Als einer der letzten noch lebenden Unionsgenerale genießt er eine ungeheure Popularität. Die Universität von Illinois verleiht Osterhaus die Ehrendoktorwürde, die Stadt Belleville ernannt ihn zum Ehrenbürger. Mehrfach besucht er Carl Schurz und die Witwe Friedrich Heckers. Eine Einladung von Präsident Roosevelt zu einer Wahlkampfreise durch Kalifornien lehnt der 81jährige allerdings im September 1904 mit Hinweis auf sein Alter ab.

Kurz vor dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg stirbt Osterhaus 1917 in Duisburg. Die Stadt Koblenz ehrt sein Andenken 1993 durch die Benennung einer Straße im Stadtteil Metternich.

